

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter
MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag - Redaktionsschluss Sonnabend
Verantwortlich für die Redaktion: A. Pantke, Berlin NW 40,
Reichstagsufer 8. - Fernsprecher: A 2 Flora 4933.

Verlag: A. Pantke, Berlin NW 40, Reichstagsufer 8.
Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Post.
Anfertiger: Die sechsgespaltene Nonpareilzeile bei Arbeitsmarkt.
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Verbrauchseinschränkung

Die Herabsetzung der Löhne und Gehälter sowie die anderen „Sparmaßnahmen“, die jetzt in Wirtschaft und Verwaltung fast allgemein durchgeführt werden, müssen in erster Linie zu einer Verminderung der Nachfrage um Verbrauchsgüter führen. Das wurde zwar noch bis in die jüngste Zeit von den Unternehmern und den bürgerlichen Volkswirtschaftlern bestritten, die voraussagten, daß den Lohnkürzungen eine entsprechende Senkung der Preise folgen würde, so daß die Kaufkraft der Löhne dieselbe bleibt. Diese Voraussage hat sich als unrichtig erwiesen: denn es sind zwar die Großhandelspreise bedeutend gefallen, die Kleinhandelspreise jedoch sind nur um verhältnismäßig geringe Beträge zurückgegangen.

Bei Beschränkung des Vergleichs auf Konsumgüter ergibt sich (nach den „Vierteljahreshften zur Konjunkturforschung“, 1931, Heft 2), daß in Deutschland vom Juni 1930 bis zum Juni 1931 die Großhandelspreise von Rohstoffen um rund 26 Proz. und von Fertigwaren um rund 12 Proz. gesunken sind. Die Indeziffer der Kosten der Lebenshaltung ging im gleichen Zeitraum um 6,6 Proz. zurück.

Der Gegensatz zwischen der starken Senkung der Großhandelspreise und der geringen Senkung der Einzelhandelspreise ist zum Teil damit zu erklären, daß der Großhandel unter dem Druck des ausländischen Wettbewerbs steht, der Einzelhandel aber nicht. Der Einzelhandel hat zweifellos unter der Verminderung der Kaufkraft der Massen, die mit der Wirtschaftskrise verbunden ist, zu leiden. Er reagiert darauf jedoch nicht in der Weise, daß er den Umsatz steigert, indem er seine Preise der Senkung der Großhandelspreise entsprechend herabsetzt; sondern er sucht für sich den Umsatzausfall durch Hochhalten der Preise so wenig wie möglich empfindlich zu machen. Im Auge zu behalten ist ferner, daß sich immer mehr Menschen, die früher in der Gütererzeugung tätig waren, dem Einzelhandel zuwenden. Unter ihnen sind wahrscheinlich viele, die infolge von Arbeitslosigkeit dazu veranlaßt wurden. Eine solche Verschiebung der in der Gütererzeugung und der Gütervermittlung tätigen Personen kann selbstverständlich auf die Gestaltung der Einzelhandelspreise nicht ohne Einfluß bleiben. Keine noch so bedeutende Verbilligung der Erzeugungspreise kann dadurch bis an den Verbraucher kommen.

Der Inlandsverbrauch ist in der Zeit der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit selbstverständlich stark gesunken. Wieder berichten die „Vierteljahreshften zur Konjunkturforschung“, daß die Einzelhandelsumsätze Mitte 1931 um rund 12 Proz. unter der Vorjahreshöhe lagen. Namentlich die Umsätze von Gütern des sogenannten elastischen Bedarfs weisen eine starke Senkung auf und diese Entwicklungstendenz hat sich seither höchstwahrscheinlich noch verschärft.

Was von gewerkschaftlicher Seite vorausgesagt wurde, als die von den Unternehmern propagierte und von den Regierungen geförderte Politik der Lohnsenkungen begann, ist eingetreten. Die sichtbare Folge dieser Politik ist eine weitgehende Einschränkung des Verbrauchs der Massen. Das war unausbleiblich, und solange die gleiche Politik weiter betrieben wird, werden wir vergeblich auf eine Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt, auf eine

dauernde Verminderung der Arbeitslosenzahl warten. Ein neuer Auftrieb wird erst möglich sein, wenn den Lohnsenkungen und damit der allgemeinen Verbrauchseinschränkung Einhalt getan wird.

Auch auf die Gestaltung des Außenhandels hat die Verbrauchseinschränkung höchst ungünstig zurückgewirkt. Die Sparpolitik sollte eine Verminderung der Produktionskosten bringen und damit die Ausfuhr erleichtern. Man hätte in der Tat eine vorübergehende Steigerung der Ausfuhr erwarten können, eine Steigerung, die bestenfalls so lange hätte andauern können, als die wichtigsten Wettbewerbsländer nicht dem von Deutschland gegebenen Beispiel folgten. Doch blieb selbst die vorübergehende Steigerung aus. Der Wert der deutschen Einfuhr und der Ausfuhr (einschließlich Reparationsfachlieferungen) war seit 1929 von Halbjahr zu Halbjahr wie folgt:

	Einfuhr	Ausfuhr
	Millionen	Mark
1. Halbjahr 1929	6742	6531
2. " 1929	6788	6952
1. " 1930	5543	6206
2. " 1930	4677	5830
1. " 1931	3700	4768

In Deutschland wie in allen anderen von der Wirtschaftskrise schwer betroffenen Ländern hat die Verbrauchseinschränkung eine starke Verminderung des Außenhandels bewirkt, was durch die amtlichen Statistiken zweifelsfrei erwiesen wird. Was Deutschland betrifft, so ist noch besonders zu betonen, daß der deutsche Export ein Notexport ist, der nur unter starken Preisopfern auf der gegenwärtigen Höhe gehalten wird, um die dringend benötigten Auslandsdewisen zu

verschaffen. Der Rückgang wird noch bedeutender werden, so wie die Folgen der deutschen Schwierigkeiten auch die Kaufkraft der mit Deutschland in engen Handelsbeziehungen stehenden Länder mehr oder weniger beeinträchtigen werden.

In Großbritannien ging die Indeziffer der Exportwerte von 100 im Jahresdurchschnitt 1924 auf 75,6 im ersten Quartal und 73,2 im zweiten Quartal 1931 zurück. Die Indeziffer der Einfuhr dagegen war im 1. Quartal 1931 noch um 6 und im 2. Quartal um 8 Einheiten höher als 1924. Allerdings ist in Großbritannien auch die Politik der Lohnkürzungen und der Verbrauchseinschränkung noch bei weitem nicht in dem Umfang zur Geltung gekommen wie in Deutschland; erst die neue Regierung Macdonalds schickt sich an, dieselben Wege zu gehen, die in Deutschland schon früher beschritten wurden. Die Indeziffer der Löhne war in Großbritannien Mitte 1931 erst um 2 Einheiten niedriger als 1924.

Zur Rettung der falsch orientierten Wirtschaft könnte eine auf Verbrauchssteigerung gerichtete Politik wesentlich beitragen, das heißt eine Konsumorientierung der Wirtschaftspolitik. Die Verbrauchssteigerung wieder kann unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen nur durch eine Verbilligung der Lebenshaltung erreicht werden, mit der die durch Lohnausfälle verminderte Kaufkraft neu gestärkt wird. Auf keinen Fall darf aber die Senkung der Preise von einem weiteren Lohnabbau abhängig gemacht werden. Dieser Weg, den die Industrie noch immer hartnäckig als einzigen Ausweg aus der Wirtschaftskrise bezeichnet, darf nicht weiter gegangen werden.

Lohnverhandlungen in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie gescheitert

Am 14. Oktober fanden mit dem Dabu Verhandlungen über den von ihm geforderten weiteren Lohnabbau statt. Da von uns jede Lohnkürzung abgelehnt wurde, kam es zu keiner Einigung. Der darauf unternommene Versuch, sich gemeinsam auf einen Schlichter zu einigen, scheiterte ebenfalls. Die Unternehmervertreter erklärten darauf, daß sie nunmehr das Reichsarbeitsministerium um Vermittlung bzw. Bestellung eines Schlichters anrufen würden.

Um wieviel der Lohn gekürzt werden soll, wurde zahlenmäßig nicht gesagt, jedoch erklärt, daß bei der schlechten wirtschaftlichen Lage der gesamten Süß-, Back- und Teigwaren-Industrie die Löhne so gesenkt werden müßten, daß sie unter den Durchschnitt anderer vergleichbarer Industrien zu liegen kämen.

In der Süß-, Back- und Teigwaren-Industrie herrscht seit langem in großem Maße Kurzarbeit. Wenig Betriebe sind vorhanden, die voll arbeiten. Die Weihnachtsaison setzt spät ein und wird dadurch nur von kurzer Dauer sein. Der kurzen Osterferien, wenn sich im nächsten Jahr überhaupt eine solche bemerkbar macht, wird Kurzarbeit und Aussetzen vorangehen. Was in dieser Zeit — die Kurzarbeit dürfte den allergrößten Zeitraum des Jahres einnehmen — verdient wird, reicht bei weitem nicht zum Leben aus. Ein weiterer Abzug ist einfach untragbar, kann auch der Industrie nicht helfen, unterbindet jedoch jede Kauf-

kraft und muß zum äußersten Ruin der Industrie führen. Die Hoffnungen der Unternehmer, daß die Lohnsenkungen die wirtschaftliche Lage der Industrie bessern, sind nicht in Erfüllung gegangen, vielmehr ist die Verschlechterung außerordentlich beschleunigt worden.

Es ist auch nicht richtig, daß der Lohn bisher nur um 5 Proz. gekürzt worden ist. Die Leistungszulagen — gleich welcher Art und Form — sind abgebaut worden, die Akkordpreise wesentlich verschlechtert. In vielen Betrieben sind ältere Arbeitskräfte entlassen und jüngere und billigere dafür eingestellt. Der neue Tarif hat die Feiertagsbezahlung beseitigt und somit Ersparnisse für den Betrieb gebracht. Nun soll der Lohn weiter gedrückt, soll unter den Durchschnitt anderer Industrielöhne gesenkt werden. An Hand von Lohnlöhnen haben die Arbeitnehmervertreter in der Verhandlung dargelegt, daß jeder — und sei es auch ein noch so geringer Abzug — von der Arbeiterschaft nicht mehr verlangt werden kann. Die Preisentwertung sieht in keinem Verhältnis zum Lohnabzug.

Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft in der Süß-, Back- und Teigwaren-Industrie muß und wird den Angriff der Unternehmer auf den Lohnabzug schlagen.

Erhöhung des Hopfenzoll

Die Reichsregierung hat ein agrarfreundliches Herz. Ihre Vorliebe für diesen Wirtschaftszweig geht sogar soweit, daß sie in der Annahme, Freude zu bereiten, Maßnahmen trifft, die gar nicht den Wünschen, wenigstens nicht den offiziellen Wünschen der immerzu hilfeschreienden entsprechen. Die Reichsregierung hat über Nacht den Hopfenzoll von 60 auf 150 Mk. erhöht. Sie hat damit ihren bisherigen Liebesdiensten für die Hopfenproduzenten einen weiteren hinzugefügt. Es besteht keine Ursache zu glauben, daß die Hopfenbauern gegen diese Maßnahme protestieren werden. Obwohl dies naheliegender wäre, denn anfangs Oktober tagten in Berlin Vertreter des deutschen und tschechoslowakischen Hopfenbaues, wobei Uebereinstimmung darüber erzielt wurde, daß die jetzige katastrophale Lage auf dem Weltmarkthopfenmarkt durch die Ueberproduktion und das unregelmäßige Angebot verursacht worden ist und daß die von den einzelnen Ländern zum Schutze gegen diese Verhältnisse ergriffenen Maßnahmen im engsten Zusammenhang mit diesen Mißständen auf dem Weltmarkt stehen. Die Vertreter des Hopfenbaues beider Länder waren übereinstimmend der Auffassung, daß eine Beseitigung der Mißstände nur möglich sei durch eine internationale Regelung sowohl der Erzeugung wie auch des Absatzes.

Die Heraufsetzung des Hopfenzollens ist nach dieser Auffassung also nichts mehr als eine Stabilisierung der Mißstände auf dem Weltmarkthopfenmarkt. Ein gehärschlicher Protest der Hopfenbauern müßte die Folge sein. Er wird ausbleiben, weil auch die Hopfenbauern in der Praxis nicht das tun, was sie in der Theorie für richtig halten.

Der Deutsche Brauer-Bund, der von der Hopfenzollerhöhung ebenfalls überrascht wurde, hat in einer Eingabe an die Regierung protestiert und das Ersuchen gestellt, zollbegünstigte Einfuhrkontingente zuzulassen, um die auf die Einfuhr ausländischen Hopfens angewiesenen Brauereien vor einer unbilligen Härte zu bewahren.

Struktur der Vieh- und Schlachthöfe

Vom Standpunkt der Hygiene und der Volksgesundheit haben die Vieh- und Schlachthöfe eine große Bedeutung. Sie spielen neben sonstigen kommunalen Einrichtungen bei den Betrieben der öffentlichen Hand, die namentlich augenblicklich stark angegriffen werden, eine große Rolle. Das Statistische Jahrbuch deutscher Städte 1930 widmet im Kapitel „Vieh- und Schlachthöfe“ wertvolle Aufschlüsse über die Struktur der Vieh- und Schlachthöfe in den Städten mit mehr als 50 000 Einwohner.

Nach den erfolgten Größenanordnungen wurden in 54 Städten 1 515 000 Rinder, 1 629 000 Kühe, 7 810 000 Schweine, 1 010 000 sonstiges Kleinvieh und 61 000 Pferde und Esel im Jahre 1928 aufgetrieben. Gegenüber 1927 erfolgte eine starke Zunahme der Auftriebe. Von den 91 erfaßten Städten beweist die Zahl der erfolgten Schlachtungen die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Vieh- und Schlachthöfe. Auch hier ist gegenüber 1927 eine teilweise recht starke Zunahme erfolgt. Beim Kleinvieh ist aber ein Rückgang zu verzeichnen, was seinen Ausdruck durch die damaligen Viehpreise findet. Geschlachtet wurden im Jahre 1928 insgesamt 1 350 000 Rinder, 1 731 000 Kühe, 7 460 000 Schweine, 1 048 000 Stück Kleinvieh und 72 000 Pferde und Esel. Einen besonderen Ausdruck der Zunahme der Schlachtungen im Jahre 1928 gegenüber 1927 findet die Zunahme des Personalbestandes der Tierärzte in 93 Städten. Mit den Untersuchungen, die sich auf die ordentliche Fleischschau und bakteriologische Fleischschau erstrecken, waren 496 ständige und 222 Aushilftierärzte beschäftigt. Gegenüber 1927 waren 16,4 Proz. ständige und 82 Proz. Aushilftierärzte mehr tätig. Ebenso umfassend war die Trichinenschau. Die Erhebungen weisen den Personalbestand an Trichinenschauern auf 88 Schlachthöfen aus. So wurden 690 ständige und 930 unständige Trichinenschauer ermittelt. Leider ist hier das Gegenteil wie bei der Bestandsaufnahme der Tierärzte festzustellen. Ist dort noch eine Zunahme zu verzeichnen, so betrug der Abbau der ständigen Trichinenschauer gegenüber 1927 28,9 Proz. und eigentümlicherweise die Zunahme der unständigen Trichinenschauer 92,9 (!) Proz. Hier ist das deutliche Bestreben der Schlachthofverwaltungen zu ersehen, ihren Bestand an ständigen Trichinenschauern zu verringern und sich mit unständigen zu begnügen. Diese Entwicklung ist keineswegs abgeschlossen, es wird weiter tätig abgebaut. Recht aufschlußreich sind auch die Erhebungen, welchen Weg das geschlachtete Vieh über die Groß- und Ladefleischer zum Verbraucher genommen hat. In 91 Städten vermittelten 275 Engrosfleischhändler den Verkauf und 23 008 Ladefleischer den an ihre Kundschaft. Auf je 100 000 Einwohner kommen 109,1 Ladefleischer.

So bietet der Bericht wertvolle Einblicke in die Verhältnisse der Vieh- und Schlachthöfe unter Berücksichtigung

des Fleischergewerbes. Es gibt Schlachthöfe, die ein histologisches, pathologisch-anatomisches Laboratorium und ebenso tierärztliche Laboratorien unterhalten, in verschiedenen Städten besteht das Schächtverbot. Andere Schlachthöfe weisen keine Regelung auf und in anderen Städten ist das Schächten kontingentiert. Es darf hier nur, gemessen am Gesamtauftrieb, ein bestimmter Prozentsatz von Rindern geschachtet werden. Das Schächtverbot bezieht sich keineswegs nur auf Schlachthöfe, wo es durch Landesgesetz ausgesprochen ist.

Mehl- und Brotpreise am 1. Oktober

Während an den übrigen Weltgetreidemärkten auch im Monat September keine wesentlichen Veränderungen der verhältnismäßig niedrigen Preise für Brotgetreide festzustellen waren, bewegten sich die inländischen Brotgetreidepreise ständig nach oben. Ende September lagen die Preise gegenüber Anfang des Monats bei Weizen um 15 Mk. und bei Roggen um etwa 20 Mk. pro Tonne höher. Die Erklärung hierfür ist in den andauernden Stützungsmaßnahmen der Regierung zugunsten der Landwirtschaft, die an sich die Tendenz der Erhöhung der Getreidepreise in sich schließen, und in der Befolgung der von den landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen herausgegebenen Parole auf größtmögliche Zurückhaltung des Angebots von Brotgetreide zu suchen. Hinzu kommt, daß die späteren Schätzungen gegenüber den anfänglichen über geringere Ernteergebnisse lauten. Die Preisgestaltung an den Börsen gestaltete sich im Durchschnitt der einzelnen Monatsdrittel des September wie folgt:

Sept. 1931	Ausland		Inland		Berliner	
	Weizen (Manitoba II) p. t. verzollt ab Hamburg Mk.	Roggen (Mittelsort) p. t. Mk.	Weizen (Mittelsort) ab m. St. Stationen (Stm. Notiertg. p. t.) Mk.	Roggen (Mittelsort) ab m. St. Stationen (Stm. Notiertg. p. t.) Mk.	Weizenmehl per 100 kg Mk.	Roggenmehl per 100 kg Mk.
1.-10.	326,50	273,50	212,—	175,—	33,25	26,50
11.-20.	325,50	274,50	214,—	183,—	33,—	28,—
21.-30.	327,—	275,—	215,—	188,—	32,75	29,—

Die Durchschnittspreise für einen Doppelzentner Roggenmehl haben sich nach der von uns für eine Reihe von Orten durchgeführten Statistik gleichfalls nicht unwesentlich erhöht, indem sie gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 29,33 Mk. auf 30,90 Mk. erfahren haben. Der durchschnittliche Preis für ein Kilogramm Roggenbrot hat sich in dieser Zeit gleichfalls von 39,6 auf 39,9 Pf. erhöht. Der Brotpreis liegt also gegenüber dem Durchschnitt der letzten sechs Monate bis zum März dieses Jahres schon wesentlich höher. Bekanntlich hat seinerzeit die Regierung mit der Zollerhöhung gleichfalls die Verpflichtung auferlegt bekommen, wonach diese einer Erhöhung des Brotpreises über den vom Statistischen Reichsamte ermittelten mittleren Brotpreis der letzten sechs Monate vorzubeugen hat. Man kann nicht auf der einen Seite die Getreidemehlpreise durch übertriebene Zollforderungen der Agrarier höher schrauben und gleichzeitig eine Ermäßigung der Brotpreise durchführen. Darum endlich Schluß mit dieser übertriebenen einseitigen Agrar- und Zollpolitik!

Die Mehl- und Brotpreise in den einzelnen Orten sind aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich. (Breslau und Kassel haben diesmal nicht berichtet.)

Ort	Preis für 1 kg Roggenbrot (Mittelsort) Pf.		Preis für ein Weizenbrötchen (Semmel) Pf.		Gewicht des Weizenbrötchens g
	1 dz Roggenmehl Mk.	1 kg Roggenbrot (Mittelsort) Pf.	1 dz Weizenmehl Mk.	ein Weizenbrötchen (Semmel) Pf.	
Königsberg	29,50	38	38,—	2,5	40
Görlitz	30,—	30	34,—	2,5	35
Gleiwitz	27,90	36	36,20	5	65
Ratibor.	27,50	36	33,—	5	60
Berlin	28,—	38,4	30,50	3	34
Hamburg	31,75	41	42,75	2,5	30,5
Bremen	31,—	47	42,50	2,5	28
Magdeburg	30,—	34	37,50	5	55
Hannover	30,50	33,2	39,—	2,5	30
Leipzig	32,—	36	38,—	4	55
Halle a. d. S.	29,—	37,3	39,—	3	38
Chemnitz	33,—	38	40,—	4	40-45
Dresden	32,75	35	43,—	4	40
Erfurt	30,—	35	42,—	3	40
München	33,—	42	40,—	4	42
Münchberg	33,85	42	39,75	4	38
Landshut	31,50	46	41,—	3	37
Büdingen	32,—	40	44,—	5	60
Stuttgart	31,75	38	39,75	4	35-40
Mannheim	31,50	37,5	38,50	4	40
Freiburg i. Br.	34,50	46	43,50	4	35
Frankfurt a. M.	28,50	40	41,—	4	40
Düsseldorf	30,—	44	44,—	2,5	30-35
Köln	29,—	46	36,—	3	35
Krefeld	36,—	43	39,—	3	35
Aachen	30,—	51,7	39,—	3	37-39
Wuppertal	31,50	41,6	38,50	3	40-50
Essen	32,—	44	40,—	2,5	32
Dortmund	28,50	40	39,—	2,5	40
Bielefeld	30,—	36	41,—	2,5	32
Danzig	22,50	33	31,—	4	50

1) Durchschnittspreis. 2) Feinstbrot

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in unseren Berufen im September

Die zunehmende Arbeitslosigkeit, die in fast allen Industriezweigen festzustellen ist, wirkt sich immer verheerender auch auf die Berufsgruppen der Nahrungs- und Getränkeindustrien aus. Kein Wunder, daß die Arbeitslosen- und Kurzarbeitsziffern in unserem Verbandsgebiet im September eine weitere Zunahme erfahren haben. Die höchsten Ziffern finden wir in der Getränkeindustrie. Von den durch Kurzarbeit betroffenen Personen ist in den Brauereien die Fünftelgewoche für etwa 25 000 tariflich, vereinbart worden. Auch die Zahl der Arbeitslosen ist erheblich gestiegen. In der Süßwarenindustrie ist wenigstens durch die Arbeiten für das Weihnachtsgeschäft eine kleine Erleichterung der Beschäftigungslage eingetreten. Im Bäcker- und Fleischergewerbe blieb die Lage, wie es übereinstimmend in den Berichten der Landesarbeitsämter heißt, anhaltend ungünstig. In der Mühlenindustrie ist eine geringe Besserung gegenüber dem Vormonat festzustellen, dagegen hat sich die Arbeitslosigkeit unter den Böttchern und Weinküfern gegenüber dem Vormonat erhöht. Die Gesamtzahl der arbeitslosen Mitglieder ist von 28 129 im August auf 29 761 Ende September gestiegen. Nachstehende Zusammenstellung zeigt, wie sich die arbeitslosen und kurzarbeitenden Verbandsmitglieder auf die einzelnen Industriezweige verteilen:

Industriezweig	Arbeitslos:		Kurzarbeit:	
	August	September	August	September
Getränkeindustrie	8 360	10 198	30 490	41 589
Süßwarenindustrie	5 981	5 542	12 161	8 677
Bäcker und Konditoren	5 698	5 769	2 333	2 348
Fleischer	3 507	3 542	3 042	2 484
Müller	2 104	2 097	657	591
Böttcher und Weinküfer	2 479	2 613	980	1 235
	28 129	29 761	49 663	56 924

Das Bild von der ungünstigen Beschäftigungslage im Bäcker- und Konditor- sowie im Fleischergewerbe wird durch die Berichte der Arbeitsnachweise bzw. Landesarbeitsämter vervollständigt. Im Bäcker- und Fleischergewerbe entfielen im August (für September liegen die amtlichen Zahlen noch nicht vor) auf je 100 offene Stellen 1881 Arbeitsgesuche; offene Stellen wurden nur 2514 gemeldet, vermittelt 2457; eingetragene Arbeitsgesuche im Laufe des Monats 47 280, Arbeitsgesuche am Schlusse des Monats 38 179. Im Fleischergewerbe entfielen auf 100 offene Stellen 2122 Arbeitsgesuche; offene Stellen 1160, vermittelt 1140; eingetragene Arbeitsgesuche im Laufe des Monats 24 616, Arbeitslose am Schlusse des Monats 20 583.

Ein „revolutionärer“ Betriebsratsvorsitzender

Zu dem in Nummer 40 der „Einigkeit“ unter dieser Ueberschrift veröffentlichten Artikel erhalten wir ein längerer Schreiben von dem Betriebsratsvorsitzenden E. Neumann der Hochschulbrauerei Berlin. Darin wird uns mitgeteilt, daß dieser Betriebsratsvorsitzende keine Zellenbildung vorgenommen sowie niemals Erzeugnisse der RGO. verbreitet habe und ferner es nicht zutreffen, daß er keine Betriebsratsitzungen einberufe. Er habe auch nicht auf freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterratsmitglieder geschimpft und ein Flugblatt gegen die freien Gewerkschaften verbreitet, in dem der Frankfurter Gewerkschaftskongress verächtlich gemacht wurde.

Auf die von uns eingezogenen Erkundigungen wird uns von unserem Gewährsmann mitgeteilt, daß er nicht bereit ist, von seinen Behauptungen zurückzutreten. Den Wortlaut der Einsendung, der bedeutend mehr Raum einnimmt als unser veröffentlichter Artikel, können wir schon deshalb hier nicht wiedergeben, weil wir für andere wichtigere Fragen den Platz unserer Zeitung benötigen.

Falscher Weg

In der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung“ Nr. 215 vom 12. September nimmt ein „älterer Fleischergehilfe“ zum Problem der Arbeitslosigkeit verheirateter Fleischergehilfen Stellung. Sein Schreiben ist ein Rotschrei all der Tausende, die nicht vom Glück begünstigt sind, arbeiten zu können, sondern stempeln gehen müssen. Aber mit seinem Appell an die Unternehmer, doch ältere und verheiratete Gefellen zu beschäftigen, ist er auf falschem Wege. Er hat noch immer nicht begriffen, daß er neben unserer vielgepriesenen Wirtschaftsordnung ein Opfer der Einstellung seiner eigenen ehemaligen „Brotgeber“ ist. Er hat auch nicht recht, wenn er schreibt, „wir älteren Gefellen wissen es ja, woran das liegt. Es sind die Tarifverträge, und wir sind die Opfer“. Dann schüderi er seine Lage: „Die Last der Arbeitslosigkeit ist für den verheirateten Gefellen doppelt schwer zu fühlen, und es tut weh und erbittert, wenn sich der Gefelle im besten Mannesalter, der seine volle Arbeitskraft entfalten könnte, sozusagen „ausgeschaltet“ fühlen muß.“

Dieser Kollege hat trotz seiner erbärmlichen Lage nicht erkannt, warum es ihm nun gerade als verheirateten Gesellen so schlecht geht. Er ist noch nie darauf gekommen, daß es in erster Linie das Kost- und Logiswesen ist, weshalb er keine Arbeit findet. Schon lange vor dem Krieg, noch ehe an Tarifverträge zu denken war, teilte der verheiratete Geselle mit ihm das gleiche Los. Es ist nicht nur eingewurzelte Tradition der Fleischermeister, verheiratete Gesellen nicht zu beschäftigen, als vielmehr ein ganz logischer Vorgang. Schließlich kann man einen verheirateten Gesellen nicht zwingen, in Kost und Logis zu gehen, aber ein junger, lediger Geselle, der im Haushalt des Meisters lebt, ist ein willkürlicher Ausbeutungsobjekt. Er steht dem Meister jederzeit zur Verfügung. Dort, wo das Kost- und Logiswesen nicht mehr besteht, wird es dem Unternehmer gleichgültig sein, ob er verheiratete oder ledige Gesellen beschäftigt. Das beweist vor allem die Tatsache, daß die meisten verheirateten Gesellen in Betrieben beschäftigt sind, wo das Kost- und Logiswesen abgeschafft ist. So, wie dieser Kollege den Weg einzuschlagen gedenkt, ist keine Aenderung zu erwarten. Er muß vielmehr Mitglied unserer Organisation werden, die sich zum Ziel gesetzt hat, das Kost- und Logiswesen abzuschaffen. Ist es dann erst so weit, dann wird auch der verheiratete Geselle bodenständig. Das ist gewiß eine vornehme Aufgabe unseres Verbandes, um derentwillen es notwendig ist, Mitglied zu werden. Solange aber diese Forderung nicht erfüllt ist, und das ist die Tragik der Handwerksgehilfen, müssen sie in Kauf nehmen, entweder auf das Familienglück oder auf die Existenz zu verzichten.

Krankengeldzuschläge für Angehörige

Nach der neuesten, durch die verschiedenen Notverordnungen bedingten Fassung der Reichsversicherungsordnung beträgt das Krankengeld 50 Proz. (die Hälfte) des Grundlohnes. Das den Kassen früher eingeräumte Recht der Gewährung eines höheren Krankengeldes ist arg eingeschränkt worden. So können die Kassen heute das Krankengeld allgemein nur dann erhöhen, wenn der Versicherte längere Zeit arbeitsunfähig krank gewesen ist. Die hier in Frage kommende Bestimmung lautet: „Die Säzung kann das Krankengeld von der siebenten Woche der Arbeitsunfähigkeit an bis auf 60 Proz. des Grundlohnes erhöhen; sie kann die Erhöhung auf die unterste Lohnstufe beschränken.“ Außer dieser Möglichkeit der allgemeinen Erhöhung des Krankengeldes gibt das Gesetz den Krankenkassen noch das Recht, das Krankengeld nach dem Familienstand des Versicherten zu staffeln. Hierüber bestimmt der § 191 der Reichsversicherungsordnung: „Die Säzung kann das Krankengeld für Versicherte mit Angehörigen, die der Versicherte bisher ganz oder überwiegend erhalten hat, und die mit ihm in häuslicher Gemeinschaft leben, durch Zuschläge erhöhen. Der Zuschlag darf für den Ehegatten 10 Proz. und für jeden sonstigen Angehörigen 5 Proz. nicht übersteigen.“ Es handelt sich hier um eine Kannvorschrift, deren Anwendung den Kassen freigestellt ist. Hat jedoch einmal eine Kasse eine derartige Bestimmung in ihre Säzung aufgenommen, so muß sie auch in jedem Falle von ihr Gebrauch machen. Die Kassen können das Krankengeld durch Zuschläge erhöhen. Der Zuschlag darf für den Ehegatten 10 Proz. und für jeden Angehörigen 5 Proz. des Grundlohnes nicht übersteigen. Es ist hiermit gesagt, daß der in der Kassenjäzung festgesetzte Prozentsatz des Zuschlages den höchstzulässigen darstellt. Es bleibt den Kassen deshalb unbenommen, auch niedrigeren Zuschläge in ihrer Säzung festzusetzen. Das Gesetz kennt zwei Arten von Zuschlägen, einmal einen solchen für den Ehegatten und dann noch solche für „sonstige Angehörige“. Der Zuschlag ist demnach nicht auf die Kinder beschränkt, sondern kann auch für andere Angehörige gewährt werden. Was für Angehörige hier in Frage kommen, hat die Säzung zu bestimmen. Voraussetzung für die Gewährung derartigen Familienzuschläge ist, daß die betreffenden Angehörigen von dem Versicherten bisher (also vor der Krankengeldgewährung) ganz oder überwiegend unterhalten worden sind und mit ihm in häuslicher Gemeinschaft leben. Diese beiden Voraussetzungen, die zwingender Natur sind, müssen unbedingt erfüllt sein. Sie können auch durch die Säzung nicht aufgehoben werden. Der Gesamtbetrag des Krankengeldes und der Zuschläge darf drei Viertel des Grundlohnes nicht übersteigen.

Leider gibt es anscheinend Kassen, die noch sozialer denken wie die Väter unserer Notverordnungen. So schwebt ein Streit darüber, ob der Familienzuschlag auch zu gewähren ist, wenn dem Versicherten während des Krankengeldbezuges ein Kind geboren wird. Einige Kassen stehen auf dem Standpunkt, daß hier kein Zuschlag zu gewähren ist, da das neugeborene Kind ja vor der Krankheit nicht dagewesen ist und deshalb von dem Versicherten nicht unterhalten worden ist bzw. nicht mit ihm in häuslicher Gemeinschaft gelebt hat. Es bedarf wohl keines Hinweises, daß diese Meinung nicht nur rechtlich unhaltbar ist, sie deutet auch auf einen dermaßen un-

sozialen Geist, der auf keinen Fall in die Krankenversicherung gehört. Der Familienzuschlag ist vielmehr auch dann zu gewähren, wenn während des Krankengeldbezuges ein Kind geboren wird. Sollte eine Kasse anderer Meinung sein, so empfiehlt sich auf jeden Fall die Beschreitung des Beschwerbeweges. R-5.

Hitler ein Sozialreaktionär?

Zu dieser sehr bedeutenden Frage nimmt „Der Deutsche“, das Zentralorgan der christlichen Gewerkschaften, das auch dem Reichskanzler Brüning nahesteht, in Nr. 235 vom 11. Oktober Stellung. Einleitend wird festgestellt:

„Wir erfahren aus bester Quelle, daß Hitler der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie erneut versichert haben soll, daß er gegen Tarifvertrag und Gewerkschaften ist. Diese Erklärung Hitlers sei erneut verlangt worden, da die Industrie befürchtet habe, daß Hitler seine früheren in gleicher Richtung gehenden Erklärungen nicht aufrechterhalten könne.“

Und dann fährt „Der Deutsche“ in bezug auf ein politisches Diner, das in Berlin im Hotel Kaiserhof stattfand, fort und stellt fest, daß im Kreise von Schwerindustriellen gesagt wurde:

Wo bleibt dein Mitkämpfer?

Am 24. Oktober ist der 44. Wochenbeitrag fällig

„Es handelt sich um einen Kampf mit klaren Fronten zwischen der nationalen Opposition auf der einen und den vereinigten Gewerkschaften auf der anderen Seite.“

Dieses Kampfprogramm deutet „Der Deutsche“ dahingehend, indem er sagt: „Kampf den Gewerkschaften! Das ist die Parole! Das heißt aber praktisch: Kampf den Arbeitern und Angestellten, Kampf ihrem Arbeitsrecht, ihrem Arbeitseinkommen, ihrer Arbeitszeit, ihrer Sozialversicherung; Kampf dem wirtschafts- und staatspolitischen Einfluß der Arbeitnehmer. Freiheit wird für die „Wirtschaft“ verlangt. Knechtung für die Arbeitnehmer erstrebt. Die sonst so sehr über Kapitalmangel klagenden Arbeitgeber haben ganz außerordentliche Geldmittel aufgewandt, um dieses Ziel zu erreichen. Sie wollen wieder wie ehedem herrschen. Wie sie pfeifen, sollen die Minister tanzen oder fliegen.“

Durch Geld wurde die deutsche Presse verächtet, durch Geld wurde ein Heer von eifernden und geifernden Syndizii gewonnen, durch Geld wurde die Wissenschaft in Versuchung geführt, durch Geld gelbe Wertvereine unterstützt, durch Geld wurden die Ideale mancher Wehrverbände vergiftet, durch Geld wurden politische Parteien beeinflusst.

Auch die Hitler-Partei hat von der Industrie Geld erhalten.

Ihre Organe haben nicht nur einen scharfen Kampf gegen die Gewerkschaften geführt, sondern stellenweise, genau wie die Arbeitgeber, vom „ungenügenden Lohnabbau“ geschrieben.“

Diese Festsstellungen der Zeitung „Der Deutsche“ charakterisieren nicht nur das deutsche Unternehmertum, sondern zeigen auch, wie man die öffentliche Meinung zu korrumpieren versucht, nur weil ihr Kampf den Gewerkschaften gilt. Daß Hitler dabei im Spiele ist, wurde von uns ebenfalls schon mehr als einmal festgestellt. Diesen Vorwürfen glaubte man aber damit zu begegnen, daß sie aus dem „marxistischen“ Lager kämen. Nun, „Der Deutsche“ ist keine Zeitung, die in „Marxismus“ macht, vielmehr lange Zeit verdächtig war, mit den Nazis stark zu sympathisieren. Es gab eine Zeit, wo sich „Der Deutsche“ stark in nationalsozialistische Gedankengänge verrennt hatte, und deshalb ist sein Zeugnis doppelt wertvoll. Jetzt scheint aber auch „Der Deutsche“ erkannt zu haben, daß es an der Zeit ist, von den Nazis abzurücken; denn auch im Lager der christlichen Gewerkschaften weiß man, daß Hitler die Arbeiterschaft mit Haut und Haaren jämmerlich an die Unternehmer umschüßelt. „Der Deutsche“ legt Hitler drei Fragen vor, über die in aller Deffentlichkeit diskutiert werden soll. Es bleibt abzuwarten, wie weit Hitler sie beantwortet. Schließlich gar nicht; denn er sieht sich bereits auf dem Wege ins Dritte Reich, wo à la Mussolini das Schwert, der Kerker und die Deportation herrscht. Also „Der Deutsche“ gestattet sich Herrn Hitler folgende Fragen zu stellen:

1. Herr Hitler, haben Sie schwerindustriellen Führern die Erklärung abgegeben, daß Sie mit Ihrer

Partei gegen Gewerkschaften und gegen Tarifverträge sind?

2. Haben Sie die Absicht, gemeinsam mit Herrn Hugenberg nach den Rezepten von Hartz und Bang die deutsche Sozialversicherung zu zerschlagen?

3. Halten Sie es mit den Pflichten einer Arbeiterpartei für vereinbar, wenn diese sich von sozialreaktionären Arbeitgebern mit Geld unterstützen läßt?

Anfang und Ende einer Lüge

Dem deutschen Unternehmertum muß neidlos zugestanden werden, daß es verstanden hat, der Deffentlichkeit immer wieder das Märchen von den hohen Löhnen und den Soziallasten aufzutischen. Und so fehlt das beliebte Gesprächsthema denn auch nicht dort, wo honette Spießherren in holder Eintracht beieinander sind. Es gehört so quasi zum guten Ton, immer wieder denselben Quatsch zu kolportieren.

Jetzt hat der Enqueteausschuß nach fünfjähriger Tätigkeit seinen Abschlußbericht der Deffentlichkeit übergeben und nimmt zu den angeblich „hohen“ Löhnen ebenfalls Stellung. Neben Fragen der Rohstoffversorgung wird das Gebiet der Kreditgewährung behandelt und dabei gesagt, daß die dauernde mangelnde Bereitschaft der deutschen Industrie, lebensunfähige Betriebe auszumerzen, dazu geführt habe, daß die Sanierungspolitik der Finanzinstitute immer stärker geworden sei. Das ist ein wenig schmeichelhaftes Untersuchungsergebnis, und dabei wird erneut die Auffassung der Gewerkschaften bestätigt, daß das Unternehmertum kraft seiner eigenen Unfähigkeit in den heutigen Zustand hineingeschlittert ist.

Aber bei weitem interessanter ist das Kapitel der „hohen“ Löhne, wenn man dabei berücksichtigt, daß gerade die freien Gewerkschaften einen scharfen Kampf gegen die Lohnabbauholzerie führen. Der Enqueteausschuß stellt denn auch fest, daß hinsichtlich der Arbeitskosten die Untersuchungsergebnisse dahingehend zusammengefaßt werden können, daß zu einem sehr großen Teil die höheren Nominallöhne und Gehälter in Deutschland durch eine entsprechende Leistungssteigerung der Betriebe ausgeglichen wurden und daß vielfach trotz der größeren Arbeitsverdienste der Belegschaften die Lohnkosten je Produkt-einheit etwa denen in den ausländischen Konkurrenzgebieten entsprechen würden. Zwischen der Rentabilität der Unternehmungen und der Lohnhöhe habe häufig wenig Zusammenhang bestanden.

Dann habe, so wird ausgeführt, die mangelnde Rentabilität der Betriebe ihre Ursache darin, daß die leitenden Persönlichkeiten der Unternehmungen sehr oft mit dem Warenmarkt nicht vertraut seien. Namentlich das Bilanzgebaren der Unternehmungen in der Nachkriegszeit sei darin begründet, daß unrichtige Vorstellungen der Unternehmungen über ihr Vermögen bestanden. Es folgt dann weiter die Feststellung, daß viele Unternehmungen bei Aufstellung ihrer Goldmarkteröffnungsbilanzen das Ausmaß ihrer eigenen Mittel bedeutend überschätzt hätten! Was nichts anderes heißen kann, als daß ihnen ob der glänzenden eigenen Lage der Ramm über Gebühr geschwollen ist! Aber auch das hat der Enqueteausschuß erkannt, denn er schlußfolgert gerade aus dieser Tatsache, daß viele Unternehmungen ihre Ueberschüsse deshalb gering auswiesen, weil sie glaubten, sich somit am ehesten dem Druck der wachsenden Leistungen, wie Steuern, Löhne und Soziallasten entziehen zu können. Also aus purer Angst ihrer Pflicht der Erfüllung gegenüber dem Staat und der Arbeiterschaft verschleierten sie die wahren Gewinne! Und dazu stellt der Enqueteausschuß weiter fest, daß jene Unternehmungen und Wirtschaftszweige, die auch gegenwärtig Ueberschüsse von beträchtlichem Ausmaß abwerfen, noch sehr zahlreich sind. Andere wieder, die nicht die erhofften Ueberschüsse erzielen konnten, gaben höhere an, damit ihre Verschuldung nicht erkannt würde.

Zusammenfassend stellt also der Enqueteausschuß fest, daß alle Unternehmerbehauptungen von den „hohen“ Löhnen nicht stimmen, sie vielmehr durch die hohen Leistungen der Arbeiterschaft überreichlich entschädigt wurden, und daß recht bedenkliche Fehlerquellen in der deutschen Wirtschaft vorhanden sind.

Schweinezählung am 1. September

Wir wir bereits mitteilten, wurden bei der Schweinezählung am 1. September 3 Millionen Stück Schweine mehr als 1913 oder 8,7 Proz. mehr als im September 1930 ermittelt. Der Schweinebestand mit 25,4 Millionen Stück ist relativ der höchste, den Deutschland überhaupt bisher zu verzeichnen hatte.

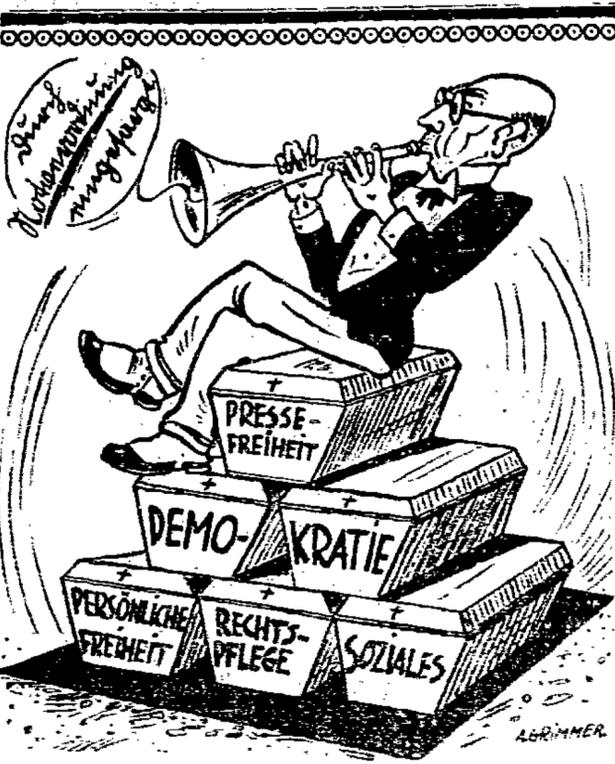
Nun hat in der Zwischenzeit ein vom Reichsernährungsministerium ins Leben gerufener Sachverständigenausschuß zum Ergebnis der Schweinezählung vom 1. September Stellung genommen. Er kommt zu dem Resultat, daß es wohl richtig sei, daß der Schweinebestand an sich sehr hoch ist, daß aber, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, nicht mehr Schweine wie in der Vorkriegszeit in Deutschland vor-

henden seien. Insbesondere macht sich eine Verschiebung bei den einzelnen Altersgruppen bemerkbar. Die Gruppen, die im nächsten Halbjahr den Auftrieb liefern, sind noch um rund 12 Proz. stärker als im Vorjahr. Bei den Ferkeln wirkt sich der Rückgang so aus, daß nur noch ein mehr von 4 Proz. vorhanden ist. Man rechnet damit, daß der gesamte Mehrbestand voraussichtlich bis zum Sommer 1932 aufgebraucht ist. Dazu kommt, daß sich die fruchtigen Sauen um 10 Proz. vermindert haben und auf den Bestand von 1929 zurückgingen. Sehr stark ist der Rückgang bei den Jungsaunen, er wirkt sich hier um 30 Proz. aus. Daraus schlußfolgert der Sachverständigenausschuß, daß zwar auf Grund der Zusammenlegung des Schweinebestandes bis zum Frühjahr 1932 noch mit großen Auftrieben zu rechnen ist und verhältnismäßig niedrige Preise zu erzielen sind; später aber wird sich der Rückgang der Nachzucht bei sinkenden Auftrieben auswirken. Man will daher, um eine Verknappung zu verhindern, vorbeugen, damit die Nachzucht nicht noch weiter eingeschränkt wird. Es wird gleichzeitig weiter festgestellt, daß es nur möglich war, die Bewertung des ungewöhnlich großen Schweinebestandes bei den Preisen der letzten Monate durchzuführen, weil die Ablieferung leichter Schweine dem Fleischbedarf angepaßt war. Es mache sich daher, unter Berücksichtigung der gesunkenen Kaufkraft nötig, die Schweine auch weiterhin im leichteren Gewicht zu liefern. Damit findet die Auffassung des Fleischer-gewerbes eine erneute Bestätigung, daß leichte Fleischschweine weitaus mehr Absatz finden, als schwerere. Wenn das, was durch den Sachverständigenausschuß ausgeführt wird, seine Richtigkeit hat, und das muß wohl so sein, dann läßt sich nicht verkennen, daß sich hier die ersten Erfolge der landwirtschaftlichen Umstellung bemerkbar machen. Der Landwirtschaft wird keineswegs damit gedient, wenn schwere Schweine, die nur schwer absetzbar sind, gezüchtet werden, als leichte Fleischschweine, für die der Markt immer aufnahmefähig sein wird. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob die Landwirtschaft selbst die Mahnung, die Nachzucht nicht noch weiter einzuschränken, beherzigt. Nach der Einstellung des Landbundes zu urteilen, dürfte sie auf wenig Gegenliebe stoßen, denn auch hier ist es gleich wie mit jedem anderen Produkt: Die Preisfrage regelt sich von selbst nach dem Angebot. Niedrige Preise ergeben sich zwangsläufig aus einem hohen Angebot und es würde keineswegs wundernehmen, wenn die Landwirtschaft aus dem Zahlungsergebnis vom 1. September nicht erneut ihre Schlüsse ziehen würde.

Reichsmanteltarif für die Bäckereiarbeiter?

Die in den letzten Tagen immer mehr in den Vordergrund tretenden Erwägungen der Reichsregierung bezüglich der Umgestaltung der sozialpolitischen Einrichtungen sowie die Lockerung des Tarifrechtes sollten Mitte Oktober durch Notverordnung dekretiert werden. Hierzu erzählt man, daß gerade in Regierungskreisen die Auffassung an Boden gewonnen hat, nur durch eine Auflockerung des Tarifrechtes den Tarifvertrag über den kommenden Winter retten zu können. Diese Auflockerung und elastischere Gestaltung der starren Tarif-

schichten", wie sie in letzter Zeit von Unternehmerseite und ihren wirtschaftlichen Verbänden durch die ihr nahestehende Presse propagiert wurde, zeitigt in ihren Auswirkungen für die davon betroffene Arbeitnehmererschaft schwere Schädigungen. In erster Linie sind hier zu nennen weitgehende Einschränkungen der Verbindlichkeitsverträge, Verkürzung der Laufdauer der Tarifverträge, Einführung eines vorzeitigen Kündigungsrechtes, Ausnahme von Bestimmungen in die Tarifverträge, die es ermöglichen sollen, notleidenden Betrieben Ausnahmebedingungen zuzugestehen; weiter eine Ausdehnung des Begriffes Notstandsarbeiten, die auch privaten Arbeitgebern unter gewissen Bedingungen ein Abweichen vom Tariflohn gestatten würde. Also eine Reihe von Maßnahmen, die tatsächlich erneut die ganzen Auswirkungen dieser Krise mit ihrer verderblichen Wirtschaftspolitik der Subventionierung, auf Kosten der Steuerzahler, in ihrer ganzen Schärfe auf die Schultern der Arbeitnehmererschaft abwälzen würde. Vor allem ist dieser Eingriff der Reichsregierung in die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Bewert-



Notverordnungen gegen Verfassungsrechte.

schäften für diese um so schwerer, da zu befürchten ist, daß auch laufende Tarifverträge eine „Auflockerung“ nach jener Seite hin erfahren könnten. Scheinen diese Maßnahmen von der Erwägung auszugehen, erstens mal die Wirtschaftskrise nicht zu verschärfen (Pfundsturz), zweitens einen merklichen Preisabbau ernstlich in die Wege zu leiten, so ist demnach kein Zweifel darüber, daß diese Auflockerung der Tarifverträge einem Ende des Tarifrechtes gleichkäme. Für unseren Beruf würden hiermit bestehende Bezirks- und Rahmentarife schon unter Förderung

von Regierungsseite auf einen Preisabbau eine Durchlöcherung erfahren, wogegen sich die Kollegen energig zur Wehr setzen muß. Alle Bemühungen zur Schaffung eines Reichsmanteltarifes sind unter diesen Verhältnissen darum zum Scheitern gebracht worden. Mit der Brechung der sogenannten „starrten Lohnsätze“, wie es jetzt angestrebt wird, mit der Abdingbarkeit eines Satzes von 20 Proz. des Tariflohnes, glaubt man einen Preisabbau erwirken zu können. Tatsächlich würde eine solche Ermäßigung nur dann eintreten, wenn auch zugleich die Getreide- und Mehlpreise sinken würden. Damit ist jedoch nicht zu rechnen, vielmehr wird die künstliche Verknappung des Roggens ein weiteres Anziehen der Mehlpreise bedingen. Hier läuft die Politik der Bäckereifabriken darauf hinaus, bei einem Anziehen der Preise für das Mehl den jetzigen Brotpreis zu halten, die verminderte Gewinnspanne aber weitzumachen durch einen Lohnabbau der in ihren Betrieben Beschäftigten. Man hängt hierbei zwei Fliegen mit einer Klappe; nach außen hin mit der Brotverbilligung (bzw. keine zu erwartende Brotverteuerung) und für sich keine Schmälerung des Profites.

Es ist daher mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß von Regierungsseite den Schlichtungsbehörden aufgetragen werden wird, den Rahmen der zuständigen Betriebe und den Geltungsbereich der neu abzuschließenden Tarife enger zu fassen, um eine nochmalige Staffelung einzelner Orte zu ermöglichen, damit dem Preisabbau Genüge getan wird. Aber gerade zu einer Markterweiterung und Verbrauchssteigerung gehört zu einem Preisabbau ein Lohnaufbau. Dieses scheint den Abbaubehörden aber wirklichkeitsfremd.

Eine der Hoffnungen und Wünsche der Bäckereiarbeiter, durch Reichsmanteltarif, dessen Geltungsbereich sich auf das Reich erstreckt hätte, ist erledigt. Damit aber doch in absehbarer Zeit dieser Reichstarif zustande kommen möge, verpflichtet die in den Bäckereifabriken Beschäftigten, gerade erst recht dahingehend zu wirken, daß alle Vorbedingungen zur Schaffung des Tarifes gegeben sind. Alle diese Angriffe auf das Tarifrecht zeigen das getreue Spiegelbild der heutigen Konstellation der Wirtschaft und auch der jeweilig ringenden sozialen Kräfte im Staate. Für den kommenden Winter bedarf es aller Anstrengungen der organisierten Kollegenschaft, um der Durchlöcherung des Tarifrechtes Einhalt zu gebieten. Geschlossenheit und Disziplin und das Festhalten an der bewährten Organisation werden die Arbeitnehmererschaft auch über diesen letzten Krisenwinter hinweghelfen. Ferdinand Reiner, Breslau.

Steuerpolitik

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist eine internationale Krise, die, darüber besteht kein Zweifel, wirksam nur bekämpft werden kann, wenn durch internationale Verständigung die der Lösung harrenden Probleme in Angriff genommen werden. Daneben gibt es allerdings auch eine Reihe krisenverschärfender Umstände, die in der Eigenart der nationalen Wirtschaft und in der Führung einer staatlichen Wirtschaftspolitik begründet liegen. Es braucht nicht besonders

Chikago

Die Schlachthäuser.

Heute bei Armour. Die Schlachthäuser gehören zu den größten Sehenswürdigkeiten Chikagos seit Upton Sinclair. Fast alle europäischen Literaten haben sich zur Pflicht gemacht, über sie zu schreiben und einzusetzt zu sein.

Die großen Viehhöfe liegen im Süden Chikagos, sie gehören der Stadt. Es ist ein Gelände wie eine Farm, von Mauern umgeben, von Polizei bewacht. Quer oben drüber fährt die Hochbahn, sie hat eine Station dicht an den Schlachthäusern. Die großen Firmen wie Armour und Swift haben ihre Anlagen hinter den Viehpferchen. Von der Hochbahn aus übersieht man das ganze Gelände, eine Holzstadt, alt in der Anlage, mit Meilen und Meilen von Zäunen, deren Farbe grau verwittert ist. Auf Holzbrücken, schräg aufsteigend, überdacht, wird das Vieh in die Schlachthäuser getrieben. Man sieht von oben die Pferche, die vollgestopft sind mit Vieh, ein Meer von Rinderrücken, blank in der Sonne; sie bewegen sich wie Wellen. In den Straßen zwischen den Pferchen gehen die Viehhändler, Cowboys galoppieren. Auf den Schienenfeldern rangieren die Viehzüge, Gebrüll steigt auf, wenn die Wagen aneinanderstoßen. Ein schwerer Geruch lagert über der Holzstadt, Angst, Schweiß und Damp.

Armour tötet in diesen harten Zeiten ungefähr die Hälfte der früheren Zahlen. Sie töten heute neuhundert Rinder, vier- bis fünftausend Schafe und etwa viertausend Schweine. Armour ist eingerichtet auf Besuche. Vor dem Verwaltungsgebäude halten die Touristenautos, ein offizieller Besuchsweg führt durch das Werk und an allen kritischen Punkten vorbei. Armour beschäftigt in Chikago siebentausend

und in allen seinen Anlagen in den Staaten fünf- und fünfzigtausend Menschen. Die Anlage besteht seit 1860. Sie ist natürlich ständig vergrößert und modernisiert, aber die Bauten der achtziger und neunziger Jahre beherrschen den Eindruck. Enorme Holzgerüste, fensterlose Backsteinhäuser, Kühlhallen. Die Steinböden sind bestreut mit Sägemehl. Im Innern trübes Glühlampenlicht und ein eisiger Kältehauch. Das Ganze eine seltsame Mischung von Fabrik und Rittergut.

Im Büro Anmeldung durch uniformierte Hauspolizei. Ich bekomme einen Führer für mich und die Erlaubnis, Außenaufnahmen zu machen.

Auf Galerien geht man an den Außenwänden der Häuser entlang. Es ist Frühstückspause. Aus der Konservenfabrik kommen Scharen von Mädchen in weißen Kitteln, aus den Schlachthäusern kommen die Schlächter in weißen blutbespritzten Mänteln, laufen die Treppen hinunter zu den Kantinen und Frühstückswagen. Auf dem Sportplatz hört man den harten Klang der Baseballschläger und das Klirren der Hufeisen am Eisenpfahl. Das Hufeisenwerken ist ein typisches Volksspiel. Zwei Eisenpfähle sind im Abstand von etwa fünfzehn Meter in den Boden geschlagen. Man wirft Hufeisen nach ihnen, es kommt darauf an, daß die Hohlseite den Pfahl umfaßt. Die Schlachthausarbeiter sind die besten Hufeisenwerfer, die ich bisher gesehen habe. Geschmeidige Menschen; sie beugen sich tief beim Abwurf, daß das Eisen fast den Boden streift, der Wurf ist flach, so sicher, daß drei von fünf Eisen jedesmal den Pfahl umklammern.

Transportbänder durchbrechen die Wände der Gebäude. Elektrokarren rollen über die Galerien, die Fuhrbahnen sind überspannt mit einem Netz von Drähten, Taugriffe mit Nummern hängen von den

Drähten herab. Im Fahren ziehen die Führer der Elektrokarren einen Griff, und in der Ferne öffnet sich automatisch die Schiebetür, die die gleiche Nummer trägt. Auf Schrägbahnen rollen Konservendosen in ununterbrochenem Strom hinunter zu den Waggons, rollen hinein in die Wagen, ordnen sich in Reihen. Ein einziger Mann belädt in unglaublich kurzer Zeit einen Waggon.

Strahlende Sonne. Wir gehen über die Viehbrücken durch ein Gittermuster harter Schatten und greller Sonnenstreifen. Es ist wie in einem Wald. Der Boden der Viehbrücken ist mit Backsteinstreifen gerippt, damit die Hufe der Tiere Halt finden. Aus einem dunklen Winkel springt ein großer Schafbock auf, läuft ein paar Schritte vor uns fort, weg, ein altes Tier, steifbeinig, schwarzer Kopf. Merkwürdig, wie menschlich er uns anstarrt.

„Das ist einer unserer Führer“, sagt der Begleiter, „er arbeitet hier seit zehn Jahren. Armour verwendet dressierte Hammel, um die Schafe an die Schlachtbank zu führen. Jetzt trabt der Hammel die Galerie hinunter zu den Pferchen. Aus der Ferne kommt Blöken. Wir drücken uns an das Holzgeländer des Laufganges. Heraus aus der Tiefe trabt eine Schafherde. Sie sieht aus wie ein einziger Körper, die Schatten streifen über sie hinweg. Der Hammel führt. Hinter der Herde läuft ein Treiber, sein Oberkörper schwingt hin und her, wie er mit der Peitsche rechts und links auf das Geländer klatscht, die Tiere am Ausbrechen zu verhindern. Wie die Schafe uns sehen, drängen sie sich dicht an die andere Geländerseite. Einen Augenblick schiebt die Herde sich zusammen wie eine Raupe; dann setzt sich das Ganze in Galopp, rast vorbei, verschwindet um die Ecke in der Schlachthausmauer.“

Wir gehen, das Töten der Rinder zu sehen. Wenn eine Herde Kühe über die Schrägbahn zum Schlacht-

betont zu werden, daß diese Krisenursachen natürlich nur durch innerpolitische Maßnahmen bekämpft werden können. Auch die Steuerpolitik wirkt, wie bereits mehrfach nachgewiesen werden konnte, teilweise krisenverschärfend.

Ein Schulbeispiel für die wirtschaftsschädigende Wirkung einer Steuer ist die Mineralwassersteuer. 1930 erbrachte sie 15 Millionen Mark gegenüber einem Voranschlag von 35 Millionen Mark. Wir hatten wiederholt Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß der Ertrag der Mineralwassersteuer in gar keinem Verhältnis steht zu dem Apparat, der notwendig ist, um in den vielen tausend kleinen Mineralwasserbetrieben die notwendige Kontrolle durchzuführen. Was die hohen Verwaltungskosten übrig lassen, mußte Verwendung finden bei der Unterstützung der Arbeitslosen, denn mit der Verteuerung des Mineralwassers durch die Steuer setzte ein Absatzeinbruch und gleichzeitig damit umfangreiche Arbeiterentlassungen ein.

Die Aufhebung der Mineralwassersteuer stand unter dem Druck der katastrophalen Entwicklung bereits einmal bevor. Der Finanzminister glaubte aber auf die Summen, die in Wirklichkeit nur auf dem Papier stehen, nicht verzichten zu können. Es blieb beim alten mit der Einschränkung, daß durch die Zuspitzung des Wirtschaftselends der Verbrauch an Mineralwasser weiter zurückgeht und die Arbeitslosigkeit in diesem Gewerbe besonders früh zutage tritt.

Von Seiten der Mineralwasserindustrie ist neuerdings an den Reichspräsidenten, den Reichsfinanzminister und das Parlament appelliert worden. Sie werden unter Hinweis auf den gegenüber dem Jahre 1929 eingetretenen Absatzeinbruch in Höhe von 73 Proz. und der Entlassung von mehr als 26 000 Arbeitnehmern erlucht, sich für die Aufhebung der Mineralwassersteuer einzusetzen. Wer unvoreingenommen die Lage in der Mineralwasserindustrie betrachtet, kann nur wünschen, daß diesem Ersuchen Rechnung getragen wird, insbesondere deshalb, weil die Reichskasse dabei bestimmt keine Einbußen erleiden wird.

Arbeitszeit der Bierfahrer in den Berliner Brauereien und Bierniederlagen

Wiederholt mußten Mißstände kritisiert werden, die sich seit Einführung der Bierzigstundenwoche in den Brauereibetrieben durch Ueberarbeit eingestellt hatten. Vorkommnisse in der Brauerei Groterjan veranlaßten die Organisation, mit der Betriebsleitung ein Abkommen zu treffen, wonach die mehrgeldesten Ueberstunden abzuschlafen sind. Dadurch werde es möglich, daß eine Anzahl Arbeiter, die sonst wegen Arbeitsmangel entlassen worden wären, in Arbeit verbleiben konnten. Troßdem in anderen Betrieben sich ebenfalls solche Mißstände eingebürgert hatten, war es unserem Verband nicht möglich, mit diesen Brauereien und Bierniederlagen eine ähnliche Bestimmung herbeizuführen. Nur noch die Böhme-Brauerei vereinbarte mit uns das gleiche Abkommen wie der Betrieb Groterjan.

Um zu einer allgemeinen Regelung zu kommen, mußte von der Organisation das im Tarifvertrag vorgesehene Einigungsamt angerufen werden. Die

Spruchkammer fällt am 9. Oktober folgende Entscheidung:

„Die Arbeitszeit des Tourenfahrpersonals ist derart zu kontrollieren, daß die Anfangs- und Endzeiten der Arbeitszeit festgestellt werden. Dabei wird bei Rückkehr der Fahrer und der Mitfahrer auf die Brauereihöfe zu der bis zu diesem Augenblick geleisteten Arbeitszeit je eine Stunde für Abrechnungszwecke und für Nebenarbeiten der Mitfahrer hinzugezählt.“

Ergibt sich bei diesen Ermittlungen, daß zum Beispiel ein Fahrer oder Mitfahrer innerhalb der Arbeitswoche die tarifmäßige Bruttoarbeitszeit von 47 1/2 Stunden überschreiten, so sind die Arbeitsstunden als Ueberstunden anzusprechen und innerhalb der nächsten zwei Wochen durch Freizeit abzugelten, soweit mindestens ein voller Arbeitstag abzugelten ist. Etwaige Differenzstunden sind vorzutragen. Die tariflich zulässige Pauschalabgeltung für einzelne Touren bleibt hierdurch unberührt (§ 2 Ziffer 11 des Tarifvertrages der gewerblichen Arbeitnehmer im Berliner Braugewerbe vom 13. Juni



und Papierkorb für Gewerkschaftsforderungen

1924), ist im übrigen aber im Einverständnis mit dem Arbeiterrat zu regeln.“

Damit ist nun endlich eine allgemeine Regelung der Fünftageweche getroffen. Die erwähnte Pauschalabgeltung darf jedoch nicht in dem Sinne aufgefaßt werden, daß sie zu einer Durchbrechung der Bierzigstundenwoche führt. Sollte etwa bei einzelnen Betriebsleitungen der Glaube vorhanden sein, es lasse sich mit den Betriebsvertretungen eine Vereinbarung treffen, die dem Prinzip der Einhaltung der Bierzigstunden- bzw. Fünftageweche und des Abfeierns der

Ueberstunden widerspricht, so wird selbstverständlich unsere Organisation sofort Veranlassung nehmen, bei den zuständigen Stellen gegen solche Manipulationen Einspruch zu erheben. Durch die Entscheidung des Einigungsamtes ist recht deutlich ausgesprochen, welche Vorkehrungen zu treffen sind, um die Durchführung der Abmachungen über die Fünftageweche auch für das Fahrpersonal zu ermöglichen.

Die „Mauxionpost“

Anfang Oktober bemühte sich die RGO., ein Pamphlet, die „Mauxionpost“ an die Beschäftigten der Schokoladenfabrik Mauxion zu verteilen. Für dieses geistlose Produkt wurden 5 Pfennig gefordert. Da aber niemand Lust hatte zu bezahlen, so mußten die Drahtzieher der RGO. wohl oder übel die Exemplare kostenlos abgeben. Dem Führer der roten Gewerkschaftszersplitterer ist zuzurufen: „Schuster Hilbert bleib bei deinen Leisten, kloppfe tüchtig Sohlen und lasse deine Finger weg von den Beschäftigten in der Süßwarenindustrie.“

Die Belegschaft der Firma Mauxion wurde zu einer Versammlung am 8. Oktober eingeladen. Wir waren erstaunt, als wir als „ungeladene“ Gäste zu dieser Versammlung erschienen und wahrnehmen mußten, daß sie polizeilich verboten war. Ein Plakat, das der Belegschaft den Weg zur Versammlung wies, durfte auf Anordnung der Polizei nicht angebracht werden. Das Verbot war nach Angaben der Polizei damit begründet, daß die Betriebsversammlung nicht der Betriebsrat sondern die RGO. bzw. RPD. einberufen hatte. Die Polizei hätte klüger gehandelt, die RGO. nicht zu stören, denn sie mußte ja selbst wahrnehmen, daß nur einige neugierige Menschen erschienen waren; ehemalige Mitglieder der Gewerkschaft, die früher gute Beitragstaxier waren, darunter einer, der sämtliche Beitragsmarken verlor und ein anderer, der infolge „Gedächtnisschwäche“ vergessen hatte, die Gelder für die einkassierten Beiträge an die Organisation abzuliefern, konnten wirklich das Kraut der RGO. nicht fett machen. Solche Leute gönnen wir der RGO., denn mit diesen kann sie wirklich keinen Staat machen. Solche Beitragsrüdeberger, die es mit den einkassierten Verbandsgeldern nicht genau nehmen oder sich als kleiner Mann mit dem langen Lambourstod viel einbilden, wenn sie an der Spitze eines Aufmarsches einhergehen dürfen, werden die chronische Ebbe in der RGO. nicht ausgleichen.

Die Drahtzieher der Versammlung waren nicht im Mauxionbetrieb beschäftigt. Sie wollen wahrscheinlich der Belegschaft einen Betriebsrat verschaffen, wie er 1923 bestanden hat. Damals wurde von unverantwortlichen und überradikalen Phrasendreschern die Belegschaft an der Nase herumgeführt und als die Sache schief ging, verschwanden sie von der Bildfläche. Auf diesen Leim sollen jetzt wieder die Beschäftigten bei Mauxion hüpfen und der revolutionäre Schuster Hilbert glaubt, sich als die geeignetste Person zu fühlen, die Sache zu schmeißen. Wo sind die Leute, die damals die Belegschaft aus dem Betriebe heßten? Dank der fleißigen Verbandsarbeit ist es nunmehr gelungen, die Arbeiterschaft zu veranlassen, sich einen Betriebsrat zu wählen, der ihre Interessen energig wahrnimmt. Der jetzt amtierende Betriebsrat hat

haus hinaufsteigt, stemmen die Tiere die Hufe gegen die steinernen Rasten. Die vordersten halten die Nasen am Boden, sie schnuppern den Blutgeruch. Das Fremde erschreckt sie, sie brüllen dumpf vor Angst. Ihr glattes Fell spiegelt in der Sonne. Sie sind jung, ihre Leiber sind rund und wohlgenährt. Wir folgen ihnen durch die dunklen Tunnel der Hallen, die Füße weich im trockenen Mist. Da tönen in der Ferne Schreie, Angstgebrüll. Wir gehen schneller. Ein Tor öffnet sich auf eine Galerie. Wie vom Dach einer Scheune sehen wir hinab in einen halbdunklen mächtigen Raum. Und das ist jetzt wie ein Traum. Neben mir rasseln Krane, Neger brüllen, um die Maschinen zu übertönen. Ketten steigen auf, und aus der Tiefe tauchen Kadaver, einer nach dem andern, mächtige enorme Säcke, aufgehängt an den Hinterbeinen. Wie Fische an der Angel aus dem Wasser, so tauchen sie aus dem Dunkel. Die Vorderbeine zappeln. Heller Schaum trieft von den Nüstern und Blut. Sie heben sich bis zu meiner Augenhöhe, dann schweben sie seitwärts davon.

Das Auge, an die Dunkelheit gewöhnt, sieht mehr: da sind vier enge Pferche in der Tiefe, getrennt durch Falltüren. Ein erhöhter Laufgang führt hinter den Pferchen vorbei. Da oben stehen Neger, Riesen, mit nackten Armen, muskulös wie Ringkämpfer. Von der Seite werden die Rinder in die Pferche getrieben. Getrieben durch ihre eigene Angst drängen sie sich vor mit entsetzlicher Gewalt. Hinter ihnen rasseln die Falltüren herab. Je drei Rinder sind in jeden Pferch gepreßt. Sie versuchen zu entkommen, richten sich hoch auf den Hinterbeinen, versuchen über die Wand zu springen. Auf diesen Augenblick warten die Neger. Sie schwingen ihre Hämmer hoch: lang sind die Hämmer, der Stiel gut einen Meter, das Eisen verhältnismäßig klein, zwei Kilo vielleicht

oder drei, das Eisenende etwas konisch zugespitzt. Sie schwingen die Hämmer, zielen, schlagen die Rinder vor den Kopf. Es gibt einen dumpfen Ton, als schlugen sie auf nasses Holz. Die Augen des Rindes verdrehen sich zu weißen Scheiben. Manchmal bricht das Tier sofort zusammen. Aber öfter, viel öfter senkt es den Kopf, versucht auszuweichen, auszuberechnen. Der Schläger steht so lange mit erhobenen Hammer, wartend, daß der Kopf wieder hochkommt. Manchmal brüllt das geschlagene Tier. Manchmal dauert es Minuten lang und der Neger tötet inzwischen ein anderes Tier. Die Neger zielen auf keine bestimmte Stelle. Sie treffen zwischen die Ohren, vor die Stirn, eigentlich überall hin. Die Getroffenen fallen, ihre zuckenden Hufe treffen die noch Lebenden, machen sie steigen, dann hat der Neger leichtes Spiel.

Vier Pferche, vier Neger, die töten je drei Rinder in jedem Pferch. Im Durchschnitt dauert es etwa zwanzig Sekunden, bis jeder seine drei Rinder erledigt hat, dann öffnet sich die Seitenwand des Pferchs, der Boden kippt sich seitwärts hoch. Die gefallenen Rinder rollen heraus wie aus einer Schublade. Noch zucken die Beine, aber die Leiber liegen still, große, halbgefüllte Säcke. Wie alle Pflanzenfresser verlieren sie im Tode schnell das Lebendige der Form. Sie wirken nicht mehr wie Tiere. Eine tote Katze bewahrt immer noch das Katzenhafte ihrer Form; ein toter Ochse ist ein Hügel.

Wieder kommt das Gerassel der Krane, wieder springen Neger auf die Kadaver, hängen sie in Schlingen. Schon wird neues Vieh in die Pferche getrieben.

Und nun — und nun muß ich sagen, daß es nicht schrecklich ist. Es ist nicht schrecklich, weil von

den Menschen, die hier arbeiten, eine solche selbstverständliche Gewohnheit ausgeht, die mich stärker beeindruckt als das Töten der Tiere. Das mag eine Art Selbstschutz sein. Wenn wir versuchen, uns einem schrecklichen Eindruck nicht zu unterwerfen, suchen wir instinktiv Halt an den Menschen, die uns umgeben. Das war im Krieg auch so. Ich kann mir vorstellen, daß selbst das Töten von Menschen den Menschen so selbstverständlich wird, daß sie nichts mehr dabei empfinden; das ist meine Vorstellung vom künftigen Krieg.

Von diesem Augenblick ab hört das Tier auf, Tier zu sein, es ist Fleisch. Und das Fleisch wird jetzt geschlachtet. Das Schlachten geschieht am laufenden Band, es ist oft beschrieben worden, so daß ich wenig darüber zu sagen brauche. Es geschieht weitgehend mit Maschinen. Elektrische Sägen zerschneiden das Rückgrat, Elektromotoren rühren das Blut. Durch eine Maueröffnung trägt das Transportband die abgeschnittenen Köpfe über den Laufgang nach einem andern Haus. Die Schlächter haben eine Ausrüstung wie Soldaten. Die Schweineschlächter tragen Stahlhelme, die den Kopf gegen die zappelnden Füße der Tiere schützen. Die Beilschlächter tragen hohe Stiefel mit stählernen Kappen, um sich nicht in die Füße zu schlagen.

Während der Frühstückspausen beobachtete ich Gesichter, suchte nach Zeichen: was sind das für Menschen, diese Schlächter: Macht das Töten sie stumpf oder roh? Ich glaube nicht. Wohl sind sie gehärtet gegen das Schreckliche in ihrem Beruf, aber wenn sie in der Frühstückspause an der Mauer der Fabrik sitzen, wenn ich sie fotografiere, dann ist das breite Grinsen dieser Negergesichter so gutartig, wie man nur wünschen kann.

Heinrich Hauser („Frankfurter Zeitung“).

keine Angst vor der Belegschaft und er kann jederzeit über seine im Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen geleistete Tätigkeit Rechenschaft ablegen. Er wird das auch tun bei gegebener Zeit. Dem Schuster Hilbert sei jetzt schon zugerufen, die Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Firma Maugion haben längst durchschaut, wach freventliches Spiel mit ihnen getrieben werden soll.

Spekulation auf die Dummheit

Die Kommunisten und ihre Presse stellen die deutsche Arbeiterschaft immer noch auf eine Stufe mit der russischen Arbeiterschaft, die nicht durch eigene Schuld zu großen Teilen des Lesens und Schreibens unkundig und aus diesem Grunde kaum in der Lage ist, zu einem eigenen Urteil über weltgeschichtliche Vorgänge zu gelangen. Am klarsten spiegelt sich dies wieder in vielen Forderungen, die die KPD. angeblich im Interesse der Arbeiterschaft erhebt, von denen sie weiß, daß sie weder in Deutschland noch in Rußland durchgeführt werden können. Die Eröffnung des Reichstages brachte demzufolge auch eine Hochstult kommunistischer Anträge, um zu beweisen, daß die KPD-Abgeordneten selbst nicht daran glauben, daß sie jemals verwirklicht werden.

Die Mehrzahl der Anträge enthalten tiefgreifende Änderungen des Reichsetats. Aufhebung des gesamten Zolltarifs, Streichung der Krisen-, Ledigen-, Umsatz- und Zuckersteuer und Anträge ähnlicher Art würden zur Folge haben, daß in der noch bevorstehenden zweiten Hälfte des Etatsjahres 3350 Millionen Mark Steuern in Wegfall kommen würden. Noch einschneidender sind aber die Anträge, die eine Ausgabenvermehrung herbeiführen. Auf Grund genauer Berechnungen entstehen bei der Durchführung der Anträge 13 050 Millionen Mark neue Ausgaben, für die sofort, weil nur ein halbes Jahr in Frage kommt, 6500 Millionen Mark neue Einnahmen erschlossen werden müßten.

Den parlamentarischen Gepflogenheiten entsprechend haben die Kommunisten nicht veräußert beizufügen, wie diese Mittel aufgebracht werden sollen. Im Antrag vom 15. Juli wird die Einziehung aller Einkommen über 20 000 Mk. und aller Vermögen über 500 000 Mk. verlangt. Im Antrag vom 8. Oktober werden Ertragssteuern für die gestrichenen Steuern durch die Besteuerung der im vorhergehenden Antrag eingezogenen Vermögen und Einkommen vorgeschlagen. Nicht genug damit. Die bereits einmal entzogenen und dann noch versteuerten Vermögen und Einkommen werden nochmals zur Steuer herangezogen für den Ausfall von Kommuneinnahmen.

Die Kommunisten bringen es also fertig, ein und dasselbe Einkommen einmal wegzunehmen und außerdem zweimal zu besteuern. Wie dies in der Praxis durchzuführen ist, darüber wird nicht geredet. Die Abgeordneten der KPD. spekulieren darauf, daß auch die Arbeiterschaft sich darüber keine eigene Meinung bildet. Wir sind demgegenüber der Auffassung, daß die deutsche Arbeiterschaft rechnen gelernt hat und auch in der Lage ist, diese hier besonders kraß an das Tageslicht tretende Demagogie zu durchschauen. Mit verantwortungsbewußter Arbeit hat dies nichts mehr zu tun. Das sollten endlich auch einmal jene Arbeiter erkennen, die ihre Interessensvertretung den Kommunisten anvertraut haben.

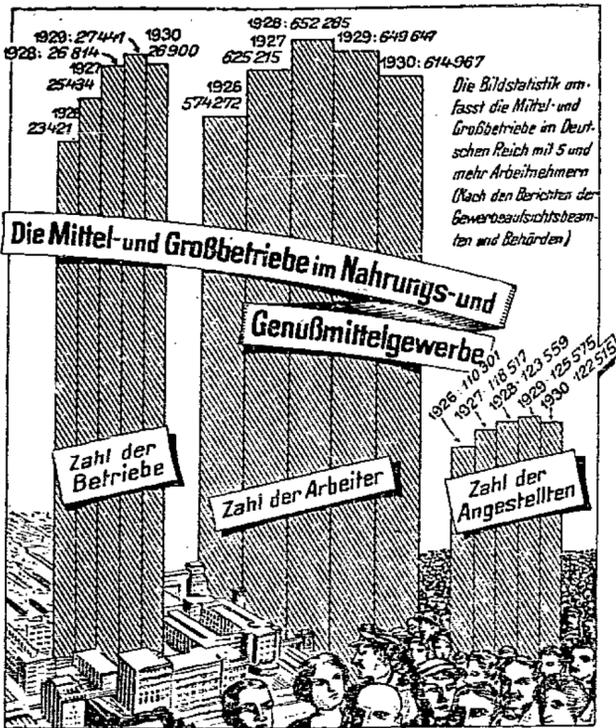
Für die Verkürzung der Arbeitszeit

Daß die verkürzte Arbeitszeit auch in kontinuierlichen Betrieben ohne Schaden, ja sogar mit ausgesprochenem Nutzen für die Arbeiterschaft sowie das Unternehmen durchgeführt werden kann, zeigt neuerdings ein Beispiel in einem amerikanischen Großbetrieb. Eine Großmühle in Michigan hat am 1. Dezember 1930 zum speziellen Zweck der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ihren Anlagen bei durchgehendem Betrieb die drei Schichten von je acht Stunden durch vier Schichten von je sechs Stunden ersetzt und dadurch die Zahl der Beschäftigten um 20 Proz. erhöht.

Der Präsident der Gesellschaft hat in einem eingehenden Bericht alle Faktoren dieser Maßnahme bis ins kleinste geprüft und dargestellt. Er faßt die Vorteile der Maßnahme, die zum Teil erst nach der Einführung der Sechsstundenschicht deutlich in Erscheinung traten, wie folgt zusammen: Mehr Freizeit, die zu Gartenarbeiten und persönlichen wie kollektiven Bildungszwecken verwendet werden kann. Ansporn zur Ausbildung für leitende Posten, da durch den Übergang vom Dreischichten- zum Vierstundensystem mehr Ueberwachungspersonal nötig wird. Geringere Ermüdungserscheinungen und deshalb höhere Arbeitsleistung. Mütter, die für Kinder zu sorgen haben, können ihr Brot verdienen und haben gleichzeitig doch die nötige Zeit, um für ihre Familie zu sorgen. Geringere Zeitverschwendung, da die Arbeit in einer ununterbrochenen Schicht viel intensiver ist. Herabsetzung der Lebensunterhaltskosten, da alle Maßnahmen zu Hause eingespart werden können. Größere Arbeitssicherheit, da durch die Erhöhung der Zahl der

Arbeiter der Arbeitsmarkt entlastet und dadurch der Konsum erhöht und die Wirtschaftslage allgemein gehoben wird. „Ich zögere“, sagt der Präsident, „mit der Aufzählung aufzuhören, denn jeden Tag werden mir von der Leitung neue Vorteile gemeldet.“

„Wie aber“, fährt der Präsident fort, „stellt sich das Unternehmen und wie stellen sich die Aktionäre bei dieser Maßnahme? Die Liste der Vorteile für das Unternehmen ist nahezu so eindrucksvoll wie jene der Arbeiter!“. Diese Vorteile lassen sich wie folgt zusammenfassen: Erhöhte Tagesleistung der einzelnen Produktionseinheiten. Ausschaltung der Essenspausen mit ihrer Zeit- und Energieverschwendung sowie ihren Ausgaben für Kantinen usw. Erhöhter Ertrag des in den Maschinen angelegten Kapitals infolge der rationelleren Verwendung der Maschinen. Bessere Organisation der Arbeit, Herabsetzung der allgemeinen Unkosten (während die Ersparnisse im Betrieb 10 Cents per 100 Pfund hergestellte Ware betragen, beziffern sie sich für den leitenden Apparat — Büro, Unkosten — auf 25 Cents).



Ueber die Entwicklung der Mittel- und Großbetriebe im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und der Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten gibt unsere Bildstatistik interessanten Aufschluß. Während die Jahre 1926—1928 allgemein einen Aufschwung sahen und auch 1929 noch die Zahl der Betriebe und der Angestellten wuchs, ging hier schon die Arbeiterzahl zurück, um im Jahre des großen Konjunkturrückganges 1930 noch weiter zu sinken. Gegen 1928 sank die Zahl der in Mittel- (5—49 Arbeitnehmer) und Großbetrieben (50 und mehr Arbeitnehmer) beschäftigten Arbeiter um 37 318 oder 5,6 Proz., die der Angestellten um 1044 oder 0,8 Proz., während die Zahl der Betriebe noch um 86 zunahm. Es sind also auch hier, wie in fast allen anderen Industrien und Gewerben, verhältnismäßig erheblich mehr Arbeiter als Angestellte zur Entlassung gekommen.

Das Lohnproblem wurde wie folgt gelöst: „Unsere Gesellschaft untersuchte genau, wie hoch der Lohn eines Arbeiters sein muß, wenn er die gleiche Kaufkraft besitzen soll wie vor zwei Jahren, als die Preise viel höher waren. Wir stellten fest, daß, wenn der Grundlohnsatz um 12½ Proz. erhöht wird, beim Sechstundentag und der Sechstageswoche die Kaufkraft ungefähr die gleiche ist wie im Jahre 1928. Es wurde deshalb beschlossen, den Mindestlohn für einen männlichen Arbeiter auf 4 Dollar per Tag festzusetzen, was dem Lohn entspricht, den wir bei Handhabung des Achtstundentages zahlten (Mindestlohn von 50 Cents per Stunde, das heißt 4 Dollar per acht Stunden).

„Ich werde“, so sagt der Präsident weiter, „oft gefragt, welche Nachteile wir beim Sechstundentag festgestellt haben. Bis heute haben wir keine eigentlichen Nachteile festgestellt. Alle Beteiligten sind mit dem neuen System einverstanden.“

Die besagte Firma wird deshalb das neue System, trotzdem es nur als Hilfsmaßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gedacht war, auch in Zukunft aufrechterhalten!

Auf dem rechten Fleck das Herz,
gleichen Mut in Lust und Schmerz,
rechtes Wort am rechten Ort,
das hilft überall dir fort!

Leopold Böhmer.

Ein Zeitdokument

In der englischen Zeitung „New Leader“ vom 25. September führt das Mitglied Wilfred Wellock des englischen Unterhauses aus, daß der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, an den Direktor der Bank von Frankreich, M. Moret, einen Brief geschrieben habe, in dem es heißt:

„Wenn nicht drastische Maßnahmen zu seiner Rettung ergriffen werden, wird das kapitalistische System über die ganze zivilisierte Welt hin binnen einem Jahr zerstört sein. Ich möchte, daß diese Voraussage zu den Akten genommen wird, damit in zukünftiger Zeit auf sie Bezug genommen werden kann.“

Diese Voraussage hat mit Rücksicht auf die heutigen Verhältnisse in allen Ländern der Welt nicht nur deshalb eine eminente Bedeutung, weil neben New York und Paris auch London zu den unbezwingbaren Geldfesten des Kapitals gehört, als auch, weil hier der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems vorausgesehen wird. Der Vollständigkeit halber sei noch betont, daß Norman kein Sozialist ist, vielmehr ein Geld- und Geschäftsmann von überragenden Fähigkeiten.

Nazi-„Arbeiter“partei

In einer Naziversammlung sprach am 14. Oktober in Dessau der Nazi-Hohenzollernprinz August Wilhelm, Hitlers prominenteste Reklamefigur. Da augenblicklich, in Anbetracht der unerhörten Not unserer Millionen Arbeitslosen die Frage der Fürstenabfindungen, die in die Millionen gehen, besonders aktuell ist, ging dieser sonderbare „Arbeiter“führer auch auf diese Frage ein und führte aus:

„Was will man denn nun noch von uns haben, denen man schon alles genommen hat? Dieser Hohenzollernprinz ist nicht nur Mitglied der Nazi-„Arbeiterpartei“, sondern gleichzeitig Sachwalter hohenzollerischer Interessen. Der Naziprinz paßt recht gut zur Hitler-„Arbeiterpartei“.

Die „armen“ Hohenzollern, für die Numi unter freundlicher Protektion Hitlers im Lande umherreisen darf, erhielten vom Freistaat Preußen durch einen Vergleich 400 000 Morgen Land, 15 Millionen Goldmark Barabfindung, eine Anzahl Schlösser, städtische Mietgrundstücke, Kunstgegenstände und Juwelen. Alles in allem wird der Wert dieser „Abfindungen“ auf etwa 120 Millionen Mark geschätzt und der Deserteur in Doorn soll noch immer der reichste Mann Deutschlands sein.

Wem nun noch immer nicht klar sein sollte, was Hitler mit seiner „Arbeiterpartei“ bezweckt, dem sei es nochmals gesagt: Die Verwirklichung des „Hitler-Sozialismus“ über die Not der Arbeitslosen und dem Verrat an der Arbeiterschaft, um den „armen“ schwerkreichen Fürsten zu helfen. Besser wäre es schon, Hitler würde offen gestehen, daß er von Fürstenprotektionismus mehr als von der Interessenvertretung der Arbeiterschaft versteht.

Gewerkschaftskampf und Deutschtum

Vom „nationalen“ Gedanken soll auch das Wirtschaftsleben gestaltet werden. So verlangt es der Oberingenieur Arnold in seinem Buche des Dinta, dessen Leiter Arnold bekanntlich ist. Er stellt in dieser Schrift den „Idealtyp“ des Arbeiters hin, zu dem die kapitalistische Dintabewegung die Arbeitsmenschen heranzubilden will. Und zu diesem „Idealtyp“ des deutschen Arbeiters gehört, daß ihm „das deutsche Ethos aus altgermanischer Zeit“, wie Arnold schreibt, innewohnt.

Ja, wie war denn aber dieses alte germanische Ethos? Es hatte seine Wurzeln in der demokratischen Freiheit! Der Grund und Boden, dieses einzige Produktionsmittel altgermanischer Agrarwirtschaft, war Gemeinseigentum. Der Führer wurde gewählt von allen Freien, und jeder Freie war verpflichtet, zur Rechtsprechung zu erscheinen, da die Gerechtigkeit nur durch die freie Willensäußerung von allen gewährleistet war. Das war das deutsche Ethos aus altgermanischer Zeit. Auf demokratischer Grundlage ruhte dieses Ethos.

In diesem Sinne spricht sich auch Prof. Brunner in seinen „Grundzügen der deutschen Rechtsgeschichte“ aus. „Der altgermanische Staat“, so schreibt er, „beruht auf demokratischer Grundlage“. Und Brunner war kein Sozialist. Er schrieb diese Worte der Wahrheit als Berliner Universitätsprofessor des alten Deutschland vor dem Kriege.

Wenn darum das alte germanische Ethos auch heute seine Freiheit feiern soll, dann ist dazu die Demokratisierung der Wirtschaft, die Voraussetzungen: Eigentumsbegriff ins Individualistische verformende Herrscher werden ließ. Nicht noch einmal soll römischer Einfluß sich heute als Faschismus geltend machen, wie es in verfechter Weise auch durch die Dintia-Arbeit geschehen soll. Wir hüten darum das altgermanische Ethos, wenn wir das freie Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter schützen und wenn wir es ausbauen im Sinne einer Demokratisierung der Wirtschaft.

Es ist bei solch antigermanischer und demokratiefeindlicher Einstellung des Dintia begreiflich, daß das eine „vorbildliche Einrichtung“ bezeichnet hat. Um so entschiedener müssen alle Schaffenden sich zum demokratischen Freiheitsgedanken auch im Wirtschaftsleben bekennen und eine starke, geschlossene gewerkschaftliche Front bilden, daß nicht ein volksfremder Gedanke des Besitzes und der diktatorischen Macht bestimmend werde. Das Volk selbst soll seine Geschicke leiten. Dieser demokratisch-gewerkschaftliche Geist bedeutet das deutsche Ethos. Er allein entspricht dem tiefsten Wesen unseres Volkes.

Dr. Gustav Hoffmann.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 9. Oktober 1931 bis 15. Oktober 1931.
Postfachkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79 Rahmungsmitel- und Getränkearbeiter - Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin AB 40.

- Ortsgruppen:**
- Berlin 45,70. Café 190,21. Frankfurt (Ober) 136,70. Bremen 43,58. Hannover 178,75. Rortort 68,97. Okerburg 28,47. Birkhoff 227,01. Schwennungen 50,17. Stade 91. Hannover 91,20. Oldenburg 18,05. Hildesheim 21,85. Bismarck 14,42. Göttingen 225,54. Kempten 855,70. Vahlta 171,19. Osterode i. O. 197,45. Reichenbach (Schlef.) 215,77. Frankfurt (Main) 115,90. Würzburg 43,70. Alfeld 110,37. Bitterfeld 121,35. Weisewald 208,52. Alfeld 77,10. Weisewald 257,62. Müllrose 206,05. Brenau 226,08. Pulsnitz 115,16. Weisewald 215,77. Waren i. M. 45. Zehdenitz 134,85. Regau 2. Burg 327,90. Elbing 138,97. Goldap 51,14. Gollnow 6. Seber 175,95. Kahl 283,56. Mühlhausen 671,12. Neurußin 14,22. Reichenbach i. V. 388,95. Schwiebus 349,02. Weiskammer 235,19. Braunschweig 44,08. Müllchen 230,90. Ansbach 214,47. Insterburg 132,43. Landshut 115. und 705,87. Reichsbahnen 199,72. Metersen 50,86. Sprottau 171,94. Straubing 507,03. Bieren 695,20. Danzig 44,84. Bismarck 81,35. Christianstadt 127,18. Falkenstein i. B. 130,07. Kamenz 171,90. Kreuzburg 239,26. Lindau 191,92. Salzweil 140,17. St. Margarethen 39,74. Burg 235,08. Spremberg 140,18. Wernigerode 750. Wilsen 517,96. Hannover 18,48. Bries 250. Goslar 105,55. Plauen 872,30. Waldenburg 1902,70. Chemnitz 33,44. Berlin 573,66. Stuttgart 90,44. Freiburg i. B. 43,82. Görlitz 16,34. Ulfsdorf 300,73. Elbing 20. Schöngersberg i. B. 227,88. Magdeburg 98,60. Müllchen 5167,97. Müllchen 2145,58. Dortmund 5000. Dessau 300. Chemnitz 151,06. Müllchen 138,86. Braunschweig 116. Bursfelde 123,14. Gabelsch 180,06. Greisdamm 48,44. Rüggen 418,62. Krakau 308,90. Dagersheim 420,93. Bries 400. Schweinfurt 327,60. Weimar 100. Giesnitz 89,14. Döbeln 687,71. Müllhausen 300,00. Ruff 95,14. Merseburg 292,91. Queßlinburg 265,70. und 10,94. Rüggen 200,95. Müllchen 62,69. Saksfeld 120,53. Schöngers 111,27. St. Margarethen 39,74. 191,92. Wilhelmshaven 300,69. Mainz 66,88. Koblenz 40,66. Dessau 192,78. Rathenow 948,53. Köln 77,18. Nürnberg 110,90. Gumbinnen 283,82. Tangermünde 650. Tilsit 20. und 20. Sülzow 21,50. Gollschau 467,63. Goldberg 52. Güstrow 76,90. Rüggen 247. Anden 17,56. Reudamm 217,72. Oranienburg 191,97. Potsdam 700. Müllchen 164,33. Spener 387,49. Zweibrücken 250,17. Eisenach 265,82. Mag 37,36. Ingolstadt 275. Lindau 111,68. Memmingen 430,61. Reife 454,09. Neudorf 35. Weichenhall 1070,68. Salzgitter 129. Straßburg 41,50. Vogum 22,24. Elmshorn 1601,07. Effen 1764. Müllchen 97,69. Mannheim 89,50. Müllchen 808. Schaumburg 1116,69. Lagerdorf 3,07. Köslin 520,44. Weimingen 244,28. Müllchen 79,70. Homburg v. d. S. 30,58. St. Margarethen 39,74. Schweinitz 123,81. Stettin 428,69. Wilhelmshaven 5,70. Müllchen 485,62. Herford 275,55. Weigen 430,45. Augsburg 701,40. Werns 1589,40. Andernach 257,70. Brandenburg 389,82. Brunsbüttel 0,53. Einbe 207,22. Eisleben 126,75. Halle 618,80. Reibitz 1,75. Langenlala 196,26. Kaucha 19,05. Lauenburg (E.) 28,70. Regensburg 371,30. Rottorf 1685,63. Stuttgart 334,43. Würzen 518,10. Berlin 81. Dessau 234,82. Falkenberg (O.S.) 158,80. Freyburg 66,21. Gerabronn 200. Hannau 16,50. Lauenburg i. P. 153,34. Namslau 498,22. Othersleben 380,19. Oelsnitz 408,50. Riesa 1000. Sonnenberg 974,15. Landshut i. B. 20,80. Saugen 1198,61. Bismarck 3,03. Hof 2318,78. Neubrandenburg 323,43. Pölsin 264,61. Pörsitz 1160,86. Sangerhüt 22,08. Vogum 2000. Ruffeld 1000. Sena 2062,90. Mannheim 4000. Schwennungen 120,77. Waldenburg 12. Saugen 22,04. Braunschweig 4474,40. Bursfelde 100. Gießhain 68,30. Söllinghausen 29,70. Riel 3839,71. Rüggen 1500. Löwenberg 28,22. Nordhausen 35. Rößleben 69,17. Ruffeld 233,82. Schleuditz 200. Stendal 578,84. Stettin 6260,05. Walsrode 22,74. Wismar 145,82. Zeitz 385,16. Apolda 433,07. Gerdaun 380,71. Guben 392,56. Bartenburg 73,25. Tangerhütte 45. Ullm 1785,80. Unruhstadt 50. Sellen 39,92. Wendisch-Buchholz 13,80. Wernigerode 297,19. Weimar 270,22. Wittenberg 290,27. Witten 327,40. Wittenberg 274,79. Cöndin 434,62. Darsleben 51,36. Hinderburg 876,16. Rehoe 99. Sebnitz 11,14. Königsberg (Am.) 322,55. Raumburg 2,50. Doppeln 974,71. Schleswig 212,03. Torgau 438,37. Wittenberg 18. Brafe 114,27. Crimmitschau 445,02. Cottbus 227,32. Holzgäbden 444,40. Süßberg 60. Werns 442,44. Weisewald 76,16. Weizen 264,95. Weisewald 932,67. Werns 107,98. Witten 19. Cammin 130,45. Schwab. Gmünd 122,10. Weisewald 50,65. Weisewald 76,96. Ruffeld 198,24. Göttingen 422,55. Hannover 3994,81. St. Inabert 2216,10. Ruppertal 3465,62. Dessau 593,85. Wiesbaden 1860,32.

schaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931 im Artikel 1 Ziff. 12 (S. 542):

„von den Renten und Beihilfen nach dem Reichsversorgungsgesetz, die Beschädigten und Hinterbliebenen auf Grund einer Kriegsdienstbeschädigung gewährt werden, ein Betrag bis zu 25 Mk. im Monat, von den übrigen in Abs. 1 Nr. 1 und 2 genannten Renten ein Betrag bis zu 15 Mk. im Monat.“

Frankreichs Defizit. Bei der Aufstellung des neuen Haushaltsplans der französischen Regierung ergeben sich insofern Schwierigkeiten, weil ein Fehlbetrag im Haushalt von nicht weniger als 5 Milliarden Franken vorhanden ist. Die Regierung beabsichtigt, keine Steuererhöhungen, vielmehr Einschränkungen am Budget vorzunehmen.

Außenhandel im September. Ein Lichtbild im grauen Glend des Wirtschaftslebens ist der Stand unseres Außenhandels. Diese Feststellung darf nicht so ausgelegt werden, als ob die Weltwirtschaftskrise spurlos an der Ausfuhr deutscher Waren vorübergegangen ist. Das Gegenteil ist der Fall. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ist die deutsche Ausfuhr um rund 15 Proz. geringer und gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Jahres 1929 ist sie sogar um 25 Proz. zurückgegangen. Weitau stärker aber ist der Rückgang der Einfuhr fremder Waren. Er belief sich im Berichtsmontat auf weniger als die Hälfte des Monatsdurchschnittes im Jahre 1929.

Insgesamt wurden im September für 448 Millionen Mark Waren eingeführt und für 835 Millionen Mark ausgeführt. Der Ausfuhrüberschuss betrug demnach 387 Millionen Mark, eine Summe, die weder in diesem Jahre noch im vorigen Jahre erzielt wurde. So erfreulich diese Tatsache ist, so betrüblich ist sie, denn in dem starken Rückgang der Einfuhr liegt gleichzeitig der Beweis, wie schwach die deutsche Industrie beschäftigt und wie tief die Kaufkraft der Bevölkerung gesunken ist. Gegenüber dem Vormonat ist die Einfuhr wertmäßig leicht gestiegen, die Ausfuhr hingegen erheblich gestiegen. Die Steigerung ist erfreulicherweise fast ausschließlich auf die Ausfuhr von Fertigwaren zurückzuführen.

Blätter fallen

Blätter fallen, Blätter verweh'n,
liegen auf Wegen vergilbt und verdorben.
Grau kommen die Tage, grau sie vergeh'n,
sind kühl und wie ausgestorben.

Und wie die Blätter, so lösen sich auch
vom Baum unsres Lebens die Jahre.
Und es wird Herbst, und ein silberner Hauch
umschimmert die alternden Haare.

Winter wird es. Für immer verglüht
das Leben in unserem Tod...
Doch ewig erneut sich die Erde und blüht
nach Frösten und Winternot.

Erich Meyer

Der günstigen Entwicklung der deutschen Ausfuhr sind inzwischen große Gefahren erstanden. Durch die Aufgabe der Goldwährung in England mit der damit verbundenen Senkung des englischen Geldes ist die englische Industrie in die Lage veretzt, auf dem Weltmarkt die Preise für ihre Waren zu senken. Inwiefern sich dies auf den deutschen Außenhandel auswirken wird, dürfte bereits in der Statistik für Oktober zu erkennen sein.

Fleischumsatz im ersten Halbjahr 1931. Nach einer Berechnung der preußischen Hauptlandwirtschaftskammer wurde ein Gesamtfleischverbrauch (ohne nicht beschauspflichtige Hauschlachtungen) für das gesamte Reichsgebiet von 1 485 177 Tonnen im ersten Halbjahr 1931 ermittelt. Dabei ergaben sich aus beschauspflichtigen Schlachtungen 1 416 459 Tonnen, und davon waren wieder 1 416 450 Tonnen reines Inlandsfleisch. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet wurde der Gesamtfleischverbrauch ohne Hauschlachtungen mit 22,947 Kilogramm ermittelt.

Thüringen lehnt Schächtverbot ab. Dem Thüringischen Landtag ging ein Gesetzentwurf der Regierung zu, wonach das betäubungslose Schlachten von Tieren in Thüringen verboten werden sollte. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, der Staatspartei, Landvolk- und Wirtschaftspartei verfiel er der Ablehnung. Die Vertreter der Volkspartei übten Stimmenthaltung, während die Nazis der Sitzung fernblieben.

Allgemeine Rundschau

Segen kapitalistischer (Miß-) Wirtschaft! Nach einer Mitteilung aus Karlsruhe haben die diesjährigen Erhebungen über die Ernte im Kreise Lorch ergeben, daß in den dortigen Gemeinden 13 000 Kirchsäume, die mindestens 30 000 Zentner Kirchsamen trugen, nicht abgeerntet wurden. Als Grund gibt man an, daß infolge der niedrigen Preise, die man erzielt hätte, eine Ernte nicht rentabil war. Demgegenüber stellen wir fest, daß es nicht nur unverantwortlich im höchsten Grade ist, 30 000 Zentner Kirchsamen verkaufen zu lassen, wo Millionen Menschen nicht

wissen, wovon sie leben sollen, sondern auch deshalb, weil wir in der Zeit vom 1. Januar bis 31. August d. J. 45 226 Doppelzentner, das sind 90 452 Zentner, Kirchsamen im Werte von 2 076 000 Mark aus dem Ausland eingeführt!

Besucher auf der Leipziger Herbstmesse 1931. Auf der Leipziger Herbstmesse 1931 wurden insgesamt 78 307 geschäftliche Besucher gezählt gegenüber 83 266 auf der Herbstmesse 1930. Die Zahl der Besucher hat sich, gemessen am Rückgang der allgemeinen Geschäftstätigkeit, sehr gut gehalten, sie ist nur wenig — um knapp 6 Proz. — zurückgegangen. Von diesen 78 307 Besuchern kamen 8194 aus dem Ausland, und zwar 7195 aus Europa, 461 aus Nordamerika und 538 aus den übrigen überseeischen Ländern. Für die am 5. März beginnende Leipziger Frühjahrsmesse 1932 ist die Werbung in Uebersee bereits eingeleitet worden. Sie gelangt unter völlig neuen Gesichtspunkten zur Durchführung, von denen sich die an der Ausarbeitung des Werbeplans beteiligten Aussteller-Organisationen einen vollen Erfolg versprechen.

Literatur

Das Oktoberheft der Zeitschrift „Die Bücherliste“ beansprucht eine erhöhte Beachtung. Es enthält wertvolle Artikel, die Sagen und Werke der Bücherliste einschließlich der Neuerscheinungen des vierten Quartals Jedes Buch wird kurz besprochen, und die Einteilung der Bücher nach Autoren und Wissensgebieten trägt dazu bei, den Büchertreuer zu informieren. Bei dieser Gelegenheit erwähnt man einmal, welche erstaunlich große Anzahl von Büchern die Liste herausgebracht hat und wie vielseitig das literarische Programm dieser Gemeinschaft ist.

Anzeigen

Nachruf!

Von den Mitgliedern d. Ortsgruppe Dresden verstarben im 3. Quartal 1931:

Josef Grebel, Brauer, Radeberger Sportbierbrauerei
August Krause, Mühlenarbeiter, Hafennütze Bienen
Frieda Feuerer, Arbeiterin, Feldschlösschen-Brauerei
Rag Bornmann, Brauer, Felsenkeller-Brauerei
Walter Knorr, Brauer, Felsenkeller-Brauerei
Rag Junold, Brauerarbeiter, Invalide
Edwald Häsel, Mehlfabrik, Saermühle
Richard Biermann, Zimmermann, Feldschlösschen-Brauerei
Gustav Schäfer, Müller, Invalide
Paul Gamble, Müller, Hafennütze Bienen
Erna Zeun, Süßwarenarbeiterin, Gebr. Hörmann
Paul Pöschel, Müller, Invalide
Otto Mühle, Brauerarbeiter, Invalide, Firma
Paul Miegel, Trichinenbeschauer, Schlachthof Dresden
Richard Reifig, Müller, Hafennütze Bienen

Ehre ihrem Andenten! 15 60

Ortsgruppe Dresden

Nachruf!

Im 3. Quartal 1931 verstarben unsere Mitglieder:

Marg. Neuß, Brauerarbeiterin, 51 Jahre
Gregor Gerstl, Brauer, 61 Jahre
Georg Sator, Spengler, 58 Jahre
Otto Rohr, Mäher, 61 Jahre
Ernst Raumann, Konditor, 51 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenten bewahren! 19

Ortsgruppe Würzburg

Nachruf!

Im 3. Quartal 1931 starb unser Kollege:

Johann Lipp, Brauer. Wir werden ihm ein ehrendes Andenten bewahren. 11 80

Ortsgruppe Augsburg.

Nachruf!

Im 3. Quartal 1931 wurden uns folgend* Verbandsmitglieder durch Tod entziffen!

Erst. Gerner, Küfer, Invalide
Paul Beer, Küfer.

Wir werden den Verstorbenen ein dauerndes und ehrendes Andenten bewahren. 13 30

Die Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen.

Nachruf!

Am 5. Oktober 1931 verstarb unser Kollege, der Brauer, Invalide

W. Engelhard.

Ein ehrendes Andenten bewahrt ihm

die Ortsgruppe Tilsit.

Inferen lieben Kollegen Hermann

Minuth und **Gustav Reinfeld** zu ihrem 25-jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. 11 50

Ortsgruppe Königsberg i. Pr.

Inferen Kollegen Karl Augustin und seiner lieben Frau Elisabeth, geb. Gau nachträglich zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. 11 50

Ortsgruppe Königsberg i. Pr.

Inferen Kolll. Johann Seubert zu seinem am 20. Oktober 1931 gehaltenen 35-jährigen Geschäftsjubiläum die besten Glückwünsche. 12 10

Die Wägertkollegen der Freih. v. Tucherischen Brauerei A.-G.

Inferen werten Kollegen Josef

Sowa nebst seiner lieben Frau nachträglich zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. 2 10

Die Kollegen der Rosiny-Mühle und die Ortsgruppe Duisburg.

Inferen Kollegen Julius Schlottmann und seiner lieben Frau zu seiner am 6. Okt. 1931 stattgefundenen Silberwedst die herzlichsten Glückwünsche. 12 40

Die Belegschaft der Brauerei Söllert A.-G. und die Ortsgruppe Duisburg.

Inferen Kollegen Josef Jögel und seiner lieben Frau zur stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. 1 50

Ortsgruppe Gleiwitz.

Inferen Kollegen Friedrich Goy und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. 1 30

Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Lübz i. M.

Inferen werten Kollegen Heinrich Päufer zu seinem 25-jährigen Arbeitsjubiläum in der Mäher Mühle, bei der Firma J. Borbad, die herzlichsten Glückwünsche. 2 10

Die Kollegen der Ortsgruppe Wehlar a. d. Saale.

Inferen Kollegen Alois Gar und seiner lieben Frau Marie sowie dem Kollegen Georg Raier und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. 2 10

Sektion der Müller Ortsgruppe Rosenheim.

Inferen lieben Kollegen, dem Brüder

Heinrich Rinncke und seiner lieben Frau zu ihrer am 15. Oktober stattgefundenen Silberwedst nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. 2 10

Die Kollegen der Ortsgruppe Braunschweig.

Inferen lieben Vorsitzenden sowie seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche und Gratulation zur Silberhochzeit. 11 50

Ortsgruppe Göttingen.

Inferen werten Kollegen Alois Bergemeier sowie seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. 2 10

Die Kollegen der Wälder - Rüpber - Brauerei, Alt. W. - Barmen, Wendenf.

Zum 40-jährigen Verbandsjubiläum unseres Kollegen Konditor Josef

Schwidt die herzlichsten Wünsche. Die Kollegen der Ortsgruppe Apolda. 1 50

Inferen lieben Kollegen Brauer

Georg Reichardt zum 25-jährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. 2 10

Die Kollegen der Brauerei Glüd.-Auf. Oersdorf, Bez. Chemnitz.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Kriegsbeschädigtenrenten und Arbeitslosenunterstützung. Der Reichstag der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen macht darauf aufmerksam, daß durch seine Einwirkung und durch die Einwirkung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf die Reichsregierung die durch Notverordnung vom 5. Juni 1931 angeordnete Anrechnung der Kriegsbeschädigtenrenten auf die Arbeitslosenunterstützung insofern eine Milderung erfahren hat, als nicht mehr der 15 Mk. übersteigende Rentenbetrag, sondern nunmehr der 25 Mk. übersteigende monatliche Rentenbetrag auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet wird. Es heißt darüber im zweiten Teil der dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirt-



FRAUENRECHT



Öffentliche Meinung, ein wichtiger Faktor

Es gibt heute, zehn Jahre nach der Umwälzung, in Deutschland noch viele Gesetzesbestimmungen, die die Frau direkt benachteiligen oder der Frau das Leben sehr erschweren. So z. B. das heutige Ehe-, das Unehelichenrecht, die Abtreibungsparagrafen u. a. m. Diese Gesetzesbestimmungen können wir auf Grund der bestehenden politischen Machtverhältnisse leider nicht ändern, nicht beseitigen, so sehr wir uns auch darum bemühen.

Wenn es nun nicht möglich ist, heute diese Bestimmungen zu beseitigen, hat es dann überhaupt einen Zweck, sich damit zu beschäftigen, sie auf Frauenzusammenkünften zu diskutieren, in Frauenzeitschriften dazu Stellung zu nehmen?

Eine Stellungnahme ist aus den verschiedensten Gründen nicht nur wünschenswert, sondern sehr notwendig. Einmal, um durch Meinungsaustausch unsere Stellung zu klären und gleichzeitig dadurch die weitesten Frauenteile damit bekanntzumachen. Zum anderen wird aber dadurch, daß wir immer wieder unsere Forderung erheben, durch Beispiele aus dem Leben beweisen, wie notwendig eine Änderung bestehender Bestimmungen ist, die Öffentlichkeit immer wieder darauf hingewiesen. Die Öffentlichkeit wird, je öfter wir mit Beispielen kommen, um so eher gezwungen, sich mit den von uns kritisierten Dingen zu beschäftigen. Sie wird, wenn auch zunächst widerstrebend, mit der Zeit selbst Reformen für notwendig erklären.

Dafür zwei Beispiele. Die SPD. führt seit Jahren einen unermüdbaren Kampf um die Beseitigung der Abtreibungsparagrafen. Eine Beseitigung ist leider nicht geglückt, wohl aber eine bedeutende Milderung. Die alte Fassung des § 218 sah für Schwangere, die ihre Frucht abtrieben, Zuchthaus bis zu 5 Jahren vor, in milderer Fällen 6 Monate Gefängnis. Nach der neuen Fassung (gültig seit Mai 1926) ist nur Gefängnis, ohne Angabe des Strafmaßes vorgesehen. Die Tat ist nach dem Gesetz also strafbar, das Gericht muß die Angeklagten verurteilen. Das geschieht auch; aber in den meisten Fällen wurde eine Bewährungsfrist gewährt. (Soweit ich Gelegenheit hatte, die diesbezüglichen Verhandlungen in Preußen zu verfolgen, konnte ich feststellen, daß in jedem Fall der Schwangeren selbst Bewährungsfrist gegeben wurde.) Diese milde Handhabung des bestehenden Gesetzes ist zurückzuführen auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch unseren Kampf um die Beseitigung des § 218.

Als weiteres Beispiel möchte ich die heutige Stellung der unehelichen Mutter und des unehelichen Kindes anführen. Auch hier ein Umschwung in der öffent-

lichen Meinung, den man vor einem Jahrzehnt sich nicht träumen ließ.

Wenn die Frauen sich aufrufen würden, immer wieder und überall für die Beseitigung rückständiger Bestimmungen einzutreten, wir würden bald für die verschiedensten Forderungen den Boden bereitet haben. Aber wie verhalten sich so viele Frauen in diesen Fragen? Ganz apathisch, ganz mutlos ertragen sie diese Bestimmungen. Oder aber versuchen für sich alleine, die Verhältnisse irgendwie erträglich zu gestalten, sie sorgen nur für sich, weil sie sich scheuen, sich zu uns zu bekennen. Die Frauen, die so handeln, sind der Hemmschuh jeden Fortschritts.

Kalter Herbsttag

Reiche Ernte sammelte der Herbst
in seine große Schürze.
Von Früchten prall sind Keller und Dach.
Aber ach, mich fröstelt in der frühen Kühle.
Die Abendröte schnürt mir die Brust.
Von Pilzen leer und Beeren ist bald der Wald.
Die bittere Frucht der Schlehe und des Wacholders blauen im frost'gen Tau.
Ich zittere wie die Blätter im Morgenreif kurz vor dem Fall.

Jetzt wär' es gut, in warmer Stube bei Lampenlicht und Büchern träumen...

Ich will in eine Wärmestube gehn und eine Armensuppe essen und dann vielleicht einschlafen und alles vergessen.

Julius Zerfab.

Die öffentliche Meinung ist ein wichtiger Faktor, machen wir sie uns deshalb noch mehr als bisher nutzbar. Die Abgeordneten der Parlamente müssen sie beachten, sie tragen ihr soweit wie irgend möglich Rechnung, weil sie davon abhängig sind bei der nächsten Wahl.

Wie schreit die Landwirtschaft immer wieder über ihre Not. Bieweit dieses Schreien berechtigt ist, wollen

wir hier nicht untersuchen, sondern nur feststellen, daß es Gehör findet bei den einzelnen Parteien. Frauen, ertragt eure Not nicht stillschweigend, schreit sie hinaus und helft uns, den Boden für die notwendigen Reformen vorzubereiten. N. Kurfürst.

Arbeiterkindern fehlt die Sonne

Trotz allen Fortschritten in der Technik, der Wissenschaft, der Wohnungskultur usw. ist die große Masse der Arbeiterschaft nach wie vor gezwungen, im dumpfen Einerlei dahinzuleben. Die Kinder der Hand- und Kopfarbeiter erhalten in ihrer Jugend sehr wenige Eindrücke von den Schönheiten des Lebens und der Kultur. Die Lehrerin der in Berlin wegen der Ermordung des Uhrmachers Ulrich verurteilten Luise Neumann macht in der „Brücke“ des „B. L.“ über die sonnenlose Jugend der Arbeiterkinder nachfolgende Ausführungen:

„Die allzufrüh erwachende und sich betätigende Erotik des proletarischen Kindes hat vielfach seinen Grund in diesem Mangel an Sonne. Und noch eins: das Großstadtkind wird innerlich und äußerlich krank an der Großstadt selbst. Gerade das Arbeiterkind ist der Natur entfremdet und hungert dabei nach Luft, Licht und Sonne. Wie viele Kinder kommen außer Schulausflügen und „Verfrachtung“ (und diese tritt doch nur für die besonders elenden ein) niemals in die Natur hinaus! Als ich die Klasse in der Schule im Weddingbezirk übernahm, fragten die Kinder gleich am ersten Tag: „Machen Sie auch mit uns einen Ausflug?“ „Ausflüge“ standen im Mittelpunkt ihrer Sehnsucht. Alle Kinder lieben ja Ausflüge; aber solche Begeisterung und Dankbarkeit, solchen Jubel wie bei den Weddingkindern, wenn ein Ausflug geplant wurde, habe ich in anderen Bezirken weder vorher noch nachher erlebt. Ein gutes Zeichen für unsere Arbeiterkinder, eine Anklage gegen unsere Gesellschaft. Es bleibt auf jeden Fall bestehen, daß die Gefahr für das proletarische Kind groß ist und fast unentrinnbar, wenn es sich um ein innerlich unentwickeltes, infantiles, willensschwaches Kind handelt. Das wird so, wie man es beeinflusst. Es geht den dunklen Weg, wenn es auf ihn gestoßen wird; es geht einen hellen geraden Weg, wenn man es an die Hand nimmt und mit ihm geht.“

Frauenwahlrecht in Spanien

Die verfassunggebende spanische Nationalversammlung hat mit den Stimmen der radikalen Rechts- und Linksparteien gegen die Stimmen der Mittelparteien das aktive und passive Wahlrecht für Frauen beschlossen. Dadurch erhält die spanische Frau, die seit Jahrhunderten in völliger Abgeschlossenheit gelebt hat, die gleichen Rechte wie der Mann.

Das magische Denken der Eiszeitmenschen

Von Dr. Hugo Kühl, Berlin.

Die urchimliche Denkform längst vergangener Menschengeschlechter ragt noch als Aberglaube und Volksglaube in unsere Zeit hinein. Alle Kultur ist ursprünglich wie das Meer, dessen Bild ewig wechselt, das bald Wellenberge, bald Wellentäler bildet. Die Hexenprozesse sind noch im 18. Jahrhundert von den Rechtsgelehrten als zu Recht bestehend anerkannt. Sie sind in den meisten Fällen nichts anderes als Prozesse gegen die magische Gewalt, die zu allen Zeiten das weibliche Geschlecht auf das männliche ausübte. Die alte Hexe besprach nach dem Volksglauben Vieh und Menschen, veranlaßte hierdurch Unfruchtbarkeit und Fehlgeburten. Die junge Hexe zog den Jüngling, der nach Wunsch der Sippe einem reichen oder aus einflussreicher Familie stammenden Mädchen sein Herz schenken sollte, in ihren Bann. Man schrieb den Hexen, die im Bunde mit dem Satan standen, magische Gewalt zu, erzählte sich voll Gruseln, daß sie mit Ruß beschmiert in dunkler Nacht aus dem Schornstein führen und zum Blocksberg ritten.

Das magische Denken ist das ursprüngliche der Menschheit. Die auf der niedrigsten Stufe des Menschseins stehenden Negerstämme des australischen Inselarchipels sind ein Beweis dafür, daß sich noch heute das magische Denken wie ein breiter Strom durch die Kultur der Menschheit bricht. Im Negerdorf ist der Magier, der Zauberer allgewaltig, er veranstaltet und leitet die Tanzfeste, bei denen Männer und Frauen mit grotesken Masken, die bald Fratzenhafte Ungeheuer, bald ungeheuerliche Tierköpfe darstellen, geschmückt sind. Diese Tanzfeste sind Zauberfeste, sind Ausflüsse eines magisch religiösen Kult.

Steigen wir hinauf in die Geschichte der Menschheit, so finden wir die ältesten und letzten Spuren in der Eiszeit. Der bekannte Forscher Professor

Dr. Herbert Kühn von der Universität Köln schreibt in Kunst und Kultur der Eiszeit Europas: „Unsere Kenntnis des eiszeitlichen Menschen und seiner Kultur ist durch die großartigen Funde aus der Eiszeit, die bis rund achttausend Jahre v. Chr. liegt, in den letzten Jahren und Jahrzehnten, besonders seit der Auffindung der farbigen Malereien in den Höhlen Südfrankreichs und Nordspaniens, ferner seit der Entdeckung eines zweiten Kreises eiszeitlicher Kunst im Osten Spaniens so sehr gewachsen, daß man in Anbetracht des überaus reichen Materials nicht allein die materielle, sondern auch die geistige Kultur dieser entlegenen Zeit untersuchen kann. Die Funde, wie gleichfalls solche in Nordafrika, führen uns in die höchste Grenzregion der Menschheitsgeschichte, in die letzten von uns erfassbaren Anfänge des geistigen Lebens der Menschen. Dieses Leben aber äußerte sich wie das der primitiven Völker der Jetztzeit in zauberischen, magische Bedeutung besitzenden Tänze religiöser Kultform.“

Ich erwähnte die religiösen Tänze der auf niedrigster Kultur stehenden Völker der Jetztzeit. — Tanzspuren des eiszeitlichen Menschen sind unter anderem in der Höhle Tuc d'Audoubert gefunden. Die Tänze müssen in einem Kult von Knaben oder Mädchen, vielleicht von beiden, vor Zauberbildern aufgeführt sein. Diese Zauberbilder sind auch erhalten, es handelt sich um Skulpturen, also um plastisch hervortretende Bildwerke. Dargestellt sind ein weiblicher und ein männlicher Bison, das männliche Tier im Augenblick des Bespringens. Der Tanz vor diesem Bilde war eine Bitte um Fruchtbarkeit, um Nachkommenschaft. Solche Tanzeremonien im gleichen Sinne finden wir noch heute bei den primitiven Völkern des australischen Inselarchipels.

Interessant ist die häufige bildliche Darstellung von Menschen mit Tiermasken. Stets befinden sich diese im Tanzschritt. Es sind allein 34 Bildwerke dieser Art gefunden, das beste ist ein Mensch mit Hirschmaske in Trois freres. Man erkennt die

menschlichen Füße und Arme, an Stelle der Hände aber trägt die Figur Tierpfoten, überdies einen Tiereschwanz. Sie ist auch in Tanzbewegung dargestellt. Diese Bildnisse erinnern uns unwillkürlich an die Faune und Satyre der alten Griechen und Römer, die als Halbgötter verehrt wurden, an die Sphinx der alten Aegypten und stehen entschieden in innerer Verbindung mit den Tanzmasken der erwähnten niederen Völker der Jetztzeit.

Daß es sich um religiöse Kultformen, um magische Tänze handelte wie bei den primitiven Völkern der Jetztzeit, bewiesen die Fundstätten eiszeitlicher Kunst selbst. Es wurden stets bestimmte Höhlen oder bestimmte Felswände mit Malereien geschmückt, daneben liegende, für Wohnzwecke viel geeignetere Höhlen dagegen zeigen keinerlei Bildschmuck. Ganz offenbar waren die mit Bildern geschmückten Höhlen heilige Stätten. Den deutlichsten Beweis für das urchimliche und magische Denken in der Eiszeit liefert uns der nordafrikanische Kunstkreis. In der Oase Tiout im südlichen Algerien sind Gravierungen gefunden, Eingrabungen in die Höhlenwand, die einen Mann auf der Jagd zeigen. Er ist mit Pfeil und Bogen ausgerüstet und schießt auf ein Tier. In einiger Entfernung steht eine Frau, die in zeremonieller Geste die Hände erhebt. Beide Gestalten sind, wie Professor Kühn berichtet, in der Genitalregion durch eine Linie verbunden. Die Magie selbst ist in dieser Linie gezeichnet, sie bedeutet die zauberische Kraft, die von der Frau auf den Mann übergeht.

Das Leben der Völker steht wohl in fortschreitender Entwicklung, aber diese Entwicklung ist keineswegs auf der ganzen Linie stetig. Sie trägt bald evolutionären, bald revolutionären, bald reaktionären Charakter. Das Denken längst entschwundener Zeiten ist nicht spurlos verschwunden. Die letzten Ausläufer magischer Vorstellung der Menschen der Eiszeit finden sich bei den Kulturvölkern der Jetztzeit als Aberglaube.